

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

149 (1.7.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach... Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-1/2 4 bis abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typ. Kolonialzeitung od. deren Raum 25 S., zugl. 50 % Zeu- rungszucht. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 49 vom. für größ- te Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Zum 10. Gewerkschaftskongress.

Von Karl Kirchner.

Wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges tagte in München der letzte Gewerkschaftskongress. Als die Delegierten nach einer Woche reicher Arbeit wieder auseinander gingen, da kam die Kunde von den Schüssen von Sarajewo, die das Signal waren zu dem ungeheuerlichen Weltkrieg, den wir durchlebten. Am gestrigen Montag, genau eine Woche nach Friedensschluss, kamen die berufenen Vertreter der deutschen Gewerkschaften in Nürnberg zum 10. Gewerkschaftskongress zusammen. Fünf Jahre liegen dazwischen: fünf Jahre furchtbaren Erlebens, fünf Jahre unsäglichen Elends, unaußersichtlichen Jammers. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Kosten des Krieges, den sie nicht gewollt und nicht verschuldet hat, mit zu tragen. Große Tage, drückende Jahre stehen auch ihr bevor. Heute herrscht der internationale Kapitalismus und Imperialismus, der internationale Sozialismus leuchtet aber in der Ferne: er nur wird und kann der deutschen Arbeiterschaft, dem deutschen Volke die Erlösung bringen.

Das politische Deutschland von heute ist ein anderes als das von 1914. Der letzte Gewerkschaftskongress hat mit Schärfe Stellung genommen gegen die damalige Regierung, gegen die Angriffe von Behörden, Gerichten und Unternehmern auf die elementarsten Arbeiterrechte, gegen die Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft. Heute sitzen vier Gewerkschaftsführer, die auf dem letzten Gewerkschaftskongress wegweisende Vorträge hielten, in der deutschen Reichsregierung, und der frühere zweite Vorsitzende der Generalkommission ist Deutschlands Ministerpräsident.

Des zehnten Gewerkschaftskongresses harzt eine nicht minder reiche Arbeit als seinem Vorgänger. Seine Verhandlungen und Beschlüsse werden aber leider nicht so einmütig sein, wie in München, und Zeugnis ablegen von der vereinten Kraft und Macht des gesamten organisierten Proletariats. Wie in ganz Deutschland, so gibt es auch in der Arbeiterschaft. Der Miß, der die sozialdemokratische Arbeiterpartei gespalten hat, der jetzt seine tiefen Schichten auch in der Gewerkschaftsbewegung. Die politischen Meinungsverschiedenheiten werden vielfach in die Gewerkschaften hineingetragen. Auf den Gewerkschafts-Generalversammlungen, die in den letzten Wochen und Monaten zahlreich stattfanden, wurden tagelang scharfe Auseinandersetzungen über die Kriegspolitik der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände geführt. Und diese Debatten werden sich auf dem Gewerkschaftskongress wahrscheinlich im verstärkten Maße wiederholen. Niemand wird behaupten wollen, die Generalkommission habe in den fünf Kriegsjahren keine Fehler gemacht; niemand aber, der objektiv prüft, wird sagen können, die Generalkommission habe die Interessen der deutschen Arbeiterschaft vertreten, wie der beliebteste Vorwurf gegen die Generalkommission lautet. Sie mag, wie wir alle, in den Kriegsjahren manchmal geirrt, falsche Wege eingeschlagen haben, sie ließ sich aber bei allen ihren Handlungen von dem Gedanken leiten, zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft zu wirken, das Beste für die wirtschaftliche und soziale Lage für die Arbeiterschaft zu erreichen. Das müssen auch ihre heftigsten Kritiker, wenn sie sachlich urteilen, anerkennen.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission liegt gedruckt in einem Bändchen von 196 Seiten vor. Karl Legien wird ihn mündlich ergänzen. Wer den Bericht studiert, wird erkennen, welche Fülle von Arbeit die Gewerkschaften, die Generalkommission im Kriege geleistet haben. Bei Kriegsausbruch galt es zunächst die Sicherung der Gewerkschaften, dann wurde eingetreten für die Fürsorge, für die Arbeitslosen, die Kriegserfahrenen und für die Kriegesbeschädigten. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung stellte die Generalkommission schon Mitte August 1914 mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand grundsätzliche Forderungen auf zur Regelung der Lebensmittelversorgung, Beschaffung notwendiger Produktionsmittel und Arbeitskräfte, Veranlassung der Erzeugung, Verpflegung der Landwirte zum Verkauf an öffentliche Institutionen, Preisfestsetzung für Erzeuger und Zwischenhändler, kommunale Lebensmittelversorgung und -verteilung usw. Dieses Programm ist grundlegend für die gesamte Lebensmittelversorgung während des Krieges geblieben, und vieles davon ist später, leider zu spät, erfüllt worden. Hätte man ihm rechtzeitig entsprochen, wäre manches besser in der Lebensmittelversorgung geworden. In der Kriegs- und Friedensfrage haben sich die Gewerkschaften gleich der Sozialdemokratischen Partei auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und an diesem Standpunkt während des ganzen Krieges festgehalten. Ihr Ziel war die baldmöglichste Erreichung des Friedens, der Deutschlands ungehämmerter Bestand sicherte. Das war die Politik des 4. August, die so viele Anfechtungen erfahren hat.

Die Entwicklung der Gewerkschaften während des Krieges zeigt folgendes Bild: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug am 30. Juni 1914 2 521 803, am 30. Juni 1915 waren es 1 188 102; am 31. Dezember 1916 war der tiefste Stand mit 944 718 erreicht, dann ging es wieder aufwärts. Am 31. Dezember 1917 betrug die Mitgliederzahl 1 277 709 und am 31. Dezember 1918 2 868 742. Seit dem Waffenstillstand hat sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften erheblich gesteigert. Ende April 1919 überstieg die Mitgliederzahl schon 4 Millionen und auf dem Gewerkschaftskongress dürfte von einer Mitgliederzahl von 5 Millionen berichtet werden können. So geht es in der Gewerkschaftsbewegung aufwärts, zahlreiche Arbeiter- und Angestelltenvereine, die früher den Gewerkschaften fernstanden, haben sich nun ihnen angeschlossen. Mit Recht kann in dem Rechenschaftsbericht gesagt werden, die Gewerkschaften haben wahr gemacht, was sie zu tun

beginnen den ins Feld hinausziehenden Mitgliedern versprochen: sie haben die Organisationen der Arbeiterschaft aufrecht und kampffähig erhalten.

Auf der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses stehen neben dem Rechenschaftsbericht sehr wichtige Fragen. Der bedeutendste Punkt dürfte das Referat von dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Leipzig (Berlin), über „Die Richtlinien über die fünftägige Wirtshaft der Gewerkschaften“ und „Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte“ sein. Es liegen hierzu umfangreiche Vorschläge der Konferenz der Verbandsvorstände vor. Diese bedeuten ein Bekenntnis zur Sozialisierung und zum Sozialismus. Es wird in ihnen ausgesprochen, daß die Gewerkschaften auch im Zeitalter des Sozialismus, bei der völligen Durchführung der Gemeinwirtschaft, notwendig sind. Darüber gehen allerdings die Meinungen selbst in Gewerkschaftskreisen auseinander. So vertritt bekanntlich der Vorsitzende des deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Baepfow, einen gegenteiligen Standpunkt. Es dürfte auch über diese Frage zu größeren Auseinandersetzungen kommen, noch mehr freilich über die Frage der Arbeiterräte. Der Antrag der Gewerkschaftsvorstände hierzu verlangt, daß innerhalb der Betriebe Betriebsräte gewählt werden, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung, die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlagel der Betriebsdemokratie soll der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit sein. Die verschiedenen Auffassungen über die Aufgaben der Arbeiterräte in der Arbeiterschaft werden bei Beratung dieses Punktes sicherlich lebhaft zum Ausdruck kommen. — Auch über den Punkt „Die Arbeitergemeinschaft der Selbstgewerber und Arbeitnehmer“, über den Adolf Cohen (Berlin) referieren wird, gehen die Meinungen in der Arbeiterschaft auseinander; es werden große Bedenken dagegen erhoben. Ueber das wichtige Thema: „Die Sozialisierung der Industrie“ wird Paul Umbreit (Berlin) sprechen, und die „Landwirtschaftliche Produktion und Ansiedlung“ der Vorstände des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt (Berlin) behandeln.

So werden die Beratungen des Gewerkschaftskongresses von großer Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft sein. Mögen sie getragen sein im Geiste des gegenseitigen Vertrauens, von dem Gedanken, daß nur eine geschlossene Arbeiterschaft den Kampf gegen den Kapitalismus siegreich bestehen kann. Dann werden die Beschlüsse zum Wohle der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung ausfallen und dieser neue Kraft in ihrem Ringen zur Durchführung des Sozialismus geben.

Zur Kritik des Friedensvertrages.

Amsterdam, 30. Juni. Im „Daily Herald“ schreibt der Sekretär der britischen Arbeiterpartei, Arthur Henderson, über die Aufgabe der in Southmond tagenden Arbeiterkonferenz u. a.: Die Arbeiter sind mit dem Friedensvertrage nicht zufrieden, und ich erwarte zuversichtlich, daß die Konferenz die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland zum Anlaß für eine öffentliche Agitation für eine Aenderung der Bedingungen nehmen wird, um sie in Einklang mit den Beschlüssen der verschiedenen nationalen, alliierten und internationalen Arbeiterkonferenzen zu bringen. Die Arbeiter halten den Völkervertrag für das geeignete Werkzeug hierzu. Er muß deshalb ein wirksames Gerichtsurteil für internationale Entschädigungen und eine alle umfassende Liga der Völker werden, von der kein Volk ausgeschlossen wird, wenn es bereit wird, seinen Teil der Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Förderung demokratischer Einrichtungen in der ganzen Welt auf sich zu nehmen.

Berlin, 30. Juni. „Dzennik Pogoody“ schreibt die Aenden der Polen seien ungeheuer gespannt in Erwartung der Entscheidung über Polens Westgrenzen. Die jetzigen Westverhandlungen in Adelen seien auf eine Fällung des Volkswillens berechnet. Auch die Entdöpfung Schlesiens von polnischer Intelligenz gehöre hierzu. Die Vergeltung müsse einsehen, sonst gehe die polnische Intelligenz in den preussischen Gefängnissen zu Grunde und das Volk werde seiner natürlichen Führer beraubt. Ein energisches Auftreten der polnischen Behörden in Schlesien zur Bestimmung bringen. Hierzu wird bekannt, daß die Polen in Polen sämtliche deutsche Rechtsanwälte jüdischer Konfession interniert haben, außerdem mehrere Großindustrielle, so Dr. Cantorawicz.

Berlin, 30. Juni. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Amsterdam gemeldet: Prof. Heron, einer der Vertrauensleute Wilsons, erklärte einem Vertreter des „Daily News“, das Ergebnis des Pariser Friedens würde sein, daß Deutschland in wenigen Jahren Europa östlich und südlich des Rheines und Afien bis nach Indien befrieden werde. Die Friedensverhandlungen in Paris hätten in Osteuropa lebhafteste Sympathien für Deutschland geschaffen. Ein sofortiger Friedensschluss auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons hätte diese Kammität für die Entente verhindern können.

Berlins, 28. Juni. „Laut Temps“ veröffentlicht General Smuts eine Erklärung, die besagt, der Friedensvertrag habe den erhofften Frieden nicht gebracht und seine wahre Ausarbeitung beginne erst jetzt. Manche Romane über Landabtretungen seien unüberleglich und manche Sicherungsbestimmungen schänden mit der neuen friedlichen Bestimmung und der Entwaffnung der früheren Feinde nicht im Einklang. Die vorgehenden Strafen müßten der ruhiger Erwägung gestrichen werden. Die geforderten Entschädigungen würden den industriellen Wiederaufbau Europas beträchtlich lähmen und müßten zum Wohle aller gemäßigter gestaltet werden. Der Völkervertrag sei noch unvollkommen und müsse zu einem wahren Werkzeuge des Fortschritts gestaltet werden. Nur so werde die Vernichtung des Militarismus die vorkriegsmäßig allein vom Feinde durchzuführen werden

soll, bald zum Segen und zur Erleichterung auch für die alliierten Völker werden. Er habe den Friedensvertrag unterzeichnet, nicht weil er ihn befriedigte, sondern weil es unbedingt notwendig gewesen sei, um den Krieg zu beendigen. Der Vertrag sei lediglich eine Liquidation der Kriegslage der Welt. Nur ein neuer Geist der Großherzigkeit und Menschlichkeit der unter allgemeinem Leiden und Trauer in den Herzen der Völker erwache, könne die Wunden am Körper der Menschheit heilen. In dem Friedensvertrag sei wenigstens zweierlei endgültig errungen: Die Zerstörung des preussischen Militarismus und ein Völkerverbund. Der Wiederaufbau der zerstörten Welt sei nur unter zwei Voraussetzungen möglich: 1. müßten die Deutschen das britische Volk von ihrem christlichen Willen überzeugen, und zweitens müßten die Alliierten daran denken, daß Gott ihnen den überwältigenden Sieg nicht verliehen habe zu kleinlichen und selbsthüchtigen Zwecken, sondern zur Erreichung großer Ideale, die die wahren Sieger in diesem für ideale Zwecke geführten Kriege gewesen seien.

China und der Friedensvertrag.

Paris, 29. Juni. Reuters. Die Weigerung der chinesischen Delegation, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ist dem Reuterschen Büro amtlich mitgeteilt worden. In dem Durcheinander, das bei der Unterzeichnung in Versailles herrschte, erging diese Tatsache der allgemeinen Aufmerksamkeit. In der Erklärung, in der diese Gründe für diesen Schritt dargelegt werden, erinnert die Delegation daran, daß sie am 4. März dem Rate der Fünf einen Protest überreicht habe. Die Erklärung legte noch dar, daß der Beschluß der Konferenz, die deutschen Rechte in Schantung an Japan zu übertragen, einen nationalen Protest hervorgerufen habe. Daher sei die chinesische Regierung im Hinblick auf den bereinigten Widerstand der öffentlichen Meinung gezwungen, die Annahme der in Frage kommenden Klauseln abzulehnen.

Die Blockade.

Paris, 29. Juni. Clemenceau ließ dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation folgende Note ausgeben: Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß das Waffenstillstandsabkommen die Blockade vorseht und daß dieses Abkommen so lange in Kraft bleibt, bis der Austausch der Notizen über die Ratifizierung stattgefunden hat. Die Alliierten sind aber bereit, die Blockade aufzuheben, sobald die Ratifizierung ihnen durch die deutsche Regierung angezeigt worden ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Clemenceau.

Abreise der deutschen Waffenstillstandskommission aus Spa.

Berlin, 30. Juni. Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa verläßt am 30. die Stadt und kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabwicklung der Geschäfte vor sich gehen soll. Nur Generalmajor von Hammerstein, der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission bleibt noch mit einigen Beamten zur Erledigung der Geschäfte in Spa zurück.

Zum Eisenbahnerstreik.

Verhärzung der Lage.

Berlin, 30. Juni. Von unterrichteter Stelle wird mitgeteilt: Am 30. Juni hat sich die Streiklage im allgemeinen eher verbessert als gebessert. Der Verkehr hat sich zwar ungefähr im früheren Umfang aufrecht erhalten lassen. Aber die Stimmung ist, soweit sich das beurteilen läßt, ungünstiger geworden. Die Haltung der Organisationen ist zwar offiziell nach wie vor durchaus ablehnend gegen den Streik. Eine Vertrauensmännerberausung der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten hat sich sogar heute mit überwiegender Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen, aber es geht sich immer wieder, daß die Organisationen nicht die Führung in der Hand haben, die Führung befindet sich bei ganz anderen Leuten, die gewissenlos die Menge der Beamten und Arbeiter zu ihren dunklen Zwecken zu mißbrauchen verstehen. Das muß immer wieder betont werden, daß die ganze Streikbewegung lediglich eine politische ist, um auf den Sturz der Regierung und die Durchsetzung kommunistischer Ziele gerichtet ist.

Anfolge des Streiks der Eisenbahnangehörigen der schlesischen Bahnen hat die Regierung nach den politischen Parlamentarischen Nachrichten Marschall Koch gebeten, die für den 1. Juli angekündigten letzten polnischen Truppentransporte solange hinauszuschieben, bis in Deutschland die Ordnung wieder hergestellt ist.

Schweres Erdbeben in Italien.

Berlin, 30. Juni. Nach Florentiner Nachrichten wurde gestern Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr die Gegend von Toscana von einem außerordentlich heftigen Erdbeben betroffen, das sich bis nach Pisa, Bologna und Venedig bemerkbar machte. Unter der Bevölkerung herrschte große Panik. Tausende kampierten im Freien. Am schrecklichsten heimgesucht ist das 30 Kilometer lange Tal des Mugello, durch das die Bahn Florenz-Faenza führt. Nach den letzten Nachrichten war die Wirkung des Bebens in einigen Orten katastrophal. Einige Dörfer sind vollständig zerstört worden. Auch in den Städten wurde erheblicher Gebäudeschaden angedeutet. Bis jetzt spricht man von 100 Toten. Militärische Hilfe ist aufgegeben worden.

Karlsruhe, 30. Juni. Am Sonntag nachmittag registrierte der Seismograph in dem geodätischen Institute der Technischen Hochschule ein heftiges Erdbeben. Die ersten Wellenwellen trafen hier etwa um 2 Uhr 10 ein; ein kleinerer schwächerer Stoß erfolgte um 8 Uhr 40; der Heft des Bebens liegt in einer Entfernung von ungefähr 500 bis 600 Kilometern und ist wahrscheinlich in Norditalien zu suchen. Den Aufzeichnungen nach ist eine Katastrophe zu befürchten.

Eine heroische Geste.

Berlin, 28. Juni. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. ds. Mts. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, das nachstehende Schriftstück zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen: „In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Seine Majestät Wilhelm II. von Hohenzollern, früherer deutscher Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der gegenseitigen Rechte der Völker unter öffentlicher Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kund gegeben, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, wonach sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. Mit Rücksicht hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen seine Majestät den Kaiser beabsichtigte Verfahren nicht stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck stelle ich mich hiermit zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus die Ansicht herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtsstand auch die internationale Bedeutung nicht verlagern wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.“

Höfenfoto, 26. Juni 1919.

Es wird immer schöner.

Berlin, 29. Juni. Das Armeekorpskommando Süd spricht die Regierung ein Mißtrauensvotum aus, indem es die Unterzeichnung des Friedensvertrages als bittere Ehrenkränkung bezeichnet. Nur die Not des Vaterlandes zwingt wie es in der Erklärung heißt, die Offiziere, vorläufig noch im Dienst zu bleiben, um es vor dem inneren Zusammenbruch zu schützen. Das Vertrauen zu einer Regierung, die der Armee und dem Volk eine derartige Schmach angetan habe, habe das Offizierskorps verloren. Unterzeichnet ist die Erklärung von dem Oberbefehlshaber General der Infanterie von dem Borne. (Die Regierung wird wohl nicht verfehlen, der latenten Unzufriedenheit Herrn von dem Borne seinen „Kollegen“ Hoffmann in die Pensionierung nachzuschicken. D. Red.)

„Heldentaten“ der Franzosen.

W.D. Karlsruhe, 30. Juni. Amlich wird gemeldet: Nachdem am Montag, den 23. Juni, an welchem Tage die Unterzeichnung des Friedens in Frage stand, ein nächstlicher Versuch, das Kriegerehrentmal im ehemaligen Dorf Kehl zu gestohlen, wegen des in der Nacht herrschenden Sturmwindes bei großer Dunkelheit nicht geklärt ist (es wurde durch Zug an einem um die Stange gelegten Seil nur das Bajonett des ehernen Krieges verloren), haben die Franzosen in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni um 1 Uhr morgens das ehrene Kriegerehrentmal zu Kehl gebracht, indem sie an einem um das Ständbild gelegten Tau Pferde anspannten und durch Zug dasselbe vom Sockel herunterrißen. Die anderen Morgens sofort angestellte Tatbestandsaufnahme hat zweifelsfrei ergeben, daß die Verletzung durch französische Soldaten erfolgt ist, denn das eine Ende des um die Stange gelegten Seils war der heillose Spalt der französischen Soldaten, der wachts 1 Uhr von den Bewohnern Kehls in der Nähe des Denkmals gehört worden ist. Die Ortsbewohner konnten leider bei Ausübung der Unruhe nicht eingreifen oder dieselbe verhindern, da es ihnen bei Strafe verboten ist, zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens ihre Behausung zu verlassen. Das am Boden liegende Ständbild, das zwar noch ganz, aber im beschädigten Zustand sich vorfindet, ist seitens der Gemeinde dem Unbild der sehr erstrittenen und erbitterten Bewohner Kehls entzogen und an sicherem Ort aufbewahrt worden.

Bei dieser Gelegenheit muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen die in Haft genommenen richterlichen Beamten, welche, wie bereits mitgeteilt, gegen den Hochverräter Dompuy vorgegangen, in geradzugehöriger Weise behandeln. Die Herren werden nach zuverlässigen Nachrichten in strenger Militärhaft und bei schlechtester Verpflegung gehalten.

Krieg im Baltikum.

W.D. Riga, 28. Juni. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Riga teilt mit: Die in letzter Zeit in wachsendem Umfange durchgeführte Zurückziehung der rheinischen Verbände aus dem Baltikum hat an der lettisch-estnischen Front ihre Einwirkung fühlbar gemacht. Die estnischen Truppen, von den Engländern mit Kriegsmaterial reichlich unterstützt, sind auf lettisches Gebiet vorgezogen und haben die Truppen der lettischen Regierung gezwungen, sich vor einer drohenden Umzingelung in der Richtung auf Riga zurückzuziehen. Welche Entwicklung der Konflikt zwischen den beiden jungen Republiken noch nehmen wird, läßt sich bisher nicht mit Sicherheit übersehen.

W.D. Riga, 28. Juni. Die Kämpfe zwischen den lettischen und estnischen Truppen sind, nachdem die Verhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes ergebnislos geblieben waren, neuerlich wieder aufgelebt. Vor dem umfassenden Angriff der mit allen modernen Kampfmitteln, auch mit Gas, ausgerüsteten estnischen Truppen mußten sich die zahlenmäßig schwächeren lettischen Truppen zurückziehen bis zu einer Defensivstellung etwa 15 Kilometer östlich von Riga. Verhandlungen wegen einer Waffenruhe, die unter Leitung eines amerikanischen Offiziers eingeleitet wurden, sind von den Esten abgelehnt worden. Nach Lage der Umstände muß auch Riga als bedroht angesehen werden.

Die Reichswehr in Hamburg.

W.D. Hamburg, 30. Juni. Im Auftrage des Militärbefehlshabers des Generalmajors v. Lettow-Vorbeck gibt der Kommandant von Großhamburg bekannt: Um Mißverständnisse beim Einzuge der Reichswehr zu verhindern, wird die Volkswehr für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow-Vorbeck beurlaubt. Die Mannschaften beziehen ihre Gehälter bis zum 31. Juli 1919 weiter.

Standgerichtsbarkeit. Das Standgericht des Hamburger Landgerichtes hat den hiesigen Tagelöhner Wilhelm Jost, den Glasbläser Seufert und den Sergeanten Scheuermann, sämtliche Mitglieder der U.S.P., wegen Verstoßes zum Hochverrat zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie in Rufe a. R. mit militärischer Gewalt die Vaterrepublik ausgerufen hatten. Ein vierter Angeklagter, der nicht erschienen war, hat sich nach Winklingen des Richters, dessen Führer er war, der Regierung als Späher gegen die eigene Partei angeboten und für seine Mitterteilung 700 M. erhalten.

Ruhe in Landsberg.

W.D. Landsberg (Warthel), 30. Juni. Die Unruhen in Landsberg a. d. W. sind als beendet anzusehen. Der bewaffnete Einwohnerwehrgang ist es gelungen, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. In den beiden letzten Nächten ist es zu Ausschreitungen und Plünderungen nicht gekommen und die in den Bäumen um Landsberg liegende Reichswehr braucht nicht einzuschreiten. Im Frankenhause ist ein Angehöriger des Landratsamts, der bei den Unruhen in der Donnerstagnacht schwer verletzt worden war, gestorben. Er ist das zweite Opfer der Unruhen.

Die neuen Steuern.

Der frühere Reichsminister der Finanzen, Dr. Dernburg, hat in seinem am 2. Mai ds. J. in der Berliner Handelskammer gehaltenen Vortrage den lebenswichtigen Jahresbedarf des Reiches ohne die aus dem Friedensvertrage erwachsenen Erfordernisse auf 17 1/2 Milliarden Mark berechnet, von denen 12 Milliarden Mark noch durch Steuern auszufüllen sind und zu decken sind. Eine Reihe von Gehentwürfen sind hierzu der Nationalversammlung bereits zugegangen.

Drei von ihnen schaffen nur einmalige Einnahmequellen: der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und der Entwurf eines Rahmsteuergesetzes.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919

gerfällt in zwei Hauptteile: erstens in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und zweitens in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Das Mehreinkommen, das die Einzelpersonen gegenüber dem im Gehentwurf näher bezeichneten Friedens Einkommen erzielt haben, soll, soweit es 8000 M. übersteigt, mit einer Steuer belegt werden, die für die ersten 10 000 M. 5 v. H. beträgt und auf Grund eines Staffeltarifs bis auf 50 v. H. ansteigt. Vom Mehreinkommen, den die Gesellschaften im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielt haben, ist eine Abgabe bis zu 80 v. H. zu bezahlen, während nach dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe 60 v. H. betrug.

Um die Kriegsgewinne der Einzelpersonen restlos zu erfassen, dazu soll der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dienen.

Die Einzelpersonen haben eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1918 erzielten Vermögenszuwachs, soweit er den Betrag von 5000 M. übersteigt, zu zahlen. Dabei wird die auf Grund früherer Kriegsteuergesetze gezahlte Steuer von dem neu zu zahlenden Betrage in Abzug ge-

bracht. Ueber die Höhe der Abgabe bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung will, daß jeder Vermögenszuwachs, der den Betrag von 204 500 M. übersteigt (einschließlich der abgabefreien 5000 M.), restlos erfasst wird. Der Staatenausschuß will, daß die vollständige Besteuerung erst beim Vermögenszuwachs von 440 500 M. eintritt. Von den neu in den Entwurf gekommenen Bestimmungen ist besonders die bemerkenswert, daß die seit dem 31. Dezember 1918 eingetretenen Verluste berücksichtigt werden sollen.

Von den Gehentwürfen, die dem Reiche dauernde Einnahmen zuführen sollen, ist in erster Reihe der Entwurf eines

Erbfallsteuergesetzes

zu erwähnen. Es sieht auch eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer vor. Die Erbschaftsteuer soll nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers zu dem Erblasser in 6 Klassen erhoben werden. Die Steuer ist je nachdem niedriger oder höher, ob der Erwerber in näheren oder entfernteren oder gar keinen Verwandtschaftsbeziehungen zu dem Erblasser steht. Die Steuer soll ferner auch das beim Erbfall bereits vorhandene sonstige Vermögen des Erben berücksichtigen. Bei großen Erbfällen und großen bereits vorhandenen Vermögen kann die Steuer annehmend bis auf 75 v. H. und unter Hinzurechnung der weiter unten erwähnten Nachlasssteuer bis zu einem Höchstsaße von fast 80 v. H. hinaufgehen. Schenkungen, auch solche, die in den letzten Jahren — vielfach in der Erwartung dadurch Steuern ersparen zu können — vorgenommen wurden, werden in gleicher Weise erfasst. Dementsprechend sollen alle Schenkungen, die nach dem 31. Dezember 1918 erfolgt sind, dem neuen Gesetz unterworfen sein. Schließlich ist in dem Entwurf eine Nachlasssteuer vorgesehen, die eine Besteuerung des gesamten Vermögens des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist, betrifft.

Der Entwurf eines

Grundversteuergesetzes

will die verschiedenen Abgaben, die jetzt vom Reiche, von den Bundesstaaten und Kommunen beim Grundstücksbesitz erhoben werden, vereinheitlichen. Es soll in Zukunft beim Eigentumsübergang die Grundversteuergesetz des Reichs, und zwar in Höhe von 4 v. H. des gemeinen Wertes des Grundstücks erhoben werden, an der dann die gegenwärtigen Steuer-gläubiger verhältnismäßig beteiligt werden würden. Ferner ist vorgesehen eine einheitliche periodische Versteuerung von 2 v. H. gebundener Grundstücke oder von Grundstücken, die im Eigentum von Personenvereinigungen usw. sich befinden (Versteuerung der „Toten Hand“), wenn 20 Jahre seit dem letzten Steuerpflichtigen Besitzwechsel oder dem letztmaligen Eintritt der Steuerpflicht gemäß den Vorschriften des Entwurfes verfloßen sind.

Der Entwurf eines

Rahmsteuergesetzes

will ein einmalige Abgabe auf solches Grundeigentum legen, das sich in der Umgebung von Festungen befindet, bisher in folgebestimmten gewissen Beschränkungen unterworfen war, nunmehr aber von den Beschränkungen befreit wird und somit einen unerwarteten Wertzuwachs erfährt.

Im Entwurf eines

Zabaksteuergesetzes

wird eine Neugestaltung der Zabakbesteuerung in der Richtung vorgeschlagen, daß von allen Zabakzeugnissen eine nach ihrem Kleinverkaufspreise abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Besteuerung des inländischen Rohzabaks soll befreit werden, wodurch die Herstellung der billigeren Zigaretten erleichtert wird. Die Verbrauchsabgabe für Zigaretten bewegen sich in 22 Abstufungen zwischen 8 M. für 1000 Stück und 500 M. für 1000 Stück je nach der Höhe der Kleinverkaufspreise. Die Abgabefür für Zigaretten unter Fortfall des Kriegsaufschlags bewegen sich in elf Abstufungen zwischen 10 M. für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 3 A das Stück) und 140 M. für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 25 A das Stück).

Auch eine Erhöhung der

Zuckersteuer

ist geplant. Sie soll statt 14 M. in der Folge 80 M. für 100 Kilogramm Reingewicht betragen. Das würde einer Erhöhung des Kleinhandelspreises um 8 A für das Pfund gleichkommen.

Die Steuer für

Bündel- und Händelsteuer

soll verdoppelt werden, so daß z. B. für Schachteln mit 80 bis 80 Bündelzählern die Steuer 8 A für jede Schachtel, für Schachteln mit 20 oder weniger Bündelzählern 10 A für jede Schachtel beträgt. Außerdem werden zum Schutze der Bündelindustrie und des Ertrages der Bündelsteuer neu die Feuerzeuge zur Besteuerung herangezogen. Auch eine Erhöhung des Eingangszolls für vom Ausland eingeführte Bündel- und Händelzählern ist vorgesehen.

Der Entwurf eines

Bermögenssteuergesetzes

steht vor, daß an Stelle aller bisherigen von Bundesstaaten, Ge-

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.

„Denn sie sich sehnt nach Ihren Eignen, soll sie kommen!“
„Ihr seid viel richtiger als sie. Duden, und eure Frau ist auch wohl noch besser zu Fuß. Sagt, was machen denn eure Enkel, der Zenderel und die Michalina? Daß ich's Belaja erzählen kann!“
„Gut der Zenderel bei Soldaten gemerkt. Haben sie ihn geschickt, weit, sehr weit, wo niemand verhoht ihn. Is die Michalina zu Herrschaft gezogen, is sich auch Unnne geworden bei fremdes Kind!“
„Nun, Duden, und was machen eure Schafe? Ich sehe schon, sie sind gut imstande. Sie sind gewaschen, sind ja weiß wie Schnee!“
„Mutter, schafe sind sich gewaschen; aber wie lange noch werden Rämmer seinige sein? Alles nimmt sich Fremder, alles!“
In einer resignierten Melancholie ließ der alte Mann den Kopf auf die Brust sinken.
„Wieviel Schafe habt Ihr jetzt?“ fragte Dolechal.
„Nun hörte Duden auf einmal gar nicht mehr. Mit weit ausholenden Schritten in die Roggenfelder stapfend, schrie er kämpfend nach seiner Herde und dem lässigen Gitejunzen. Der wackelhäufige Hund, der bis jetzt trägt am Stein geblickelt, jagte mit wildem Gebell vor ihm her.
„Bergedens tief Selene: „Soll ich Belaja grüßen?“ Keine Antwort mehr. Raub war der Schafherde, aber auch blind, denn er suchte seine Herde, wo diese gar nicht zu finden war. Ein heiserer Wind, der plötzlich mit Kraft über die Ebene schob, kühlte seine Schafpelz und wusch die weißen Haare. Die ihm langgestreckt unterm Gut vorhingen, wild durcheinander.
Als Selene nach einer Weile zurückblickte, stand Raba Duden wieder auf dem Grenzstein; unbewußt, wie der Weiser an der Wegscheide, reichte sich sein Arm.
In der Kolonie war nicht die muntere Geschäftigkeit, die man in der Ferne so sehr vermeint. Nur die Bräuners waren beim Hausbau; von den anderen Ansiedlern ließ sich niemand blicken. Selene war einermaher enttäuscht, hatte

sie doch geglaubt, die Frauen auf den Türschwellen sitzend zu finden, schweigend beim Kartoffelschälen, wie sie die Frauen viel hundert mal gesehen hatte im deutschen Dorf beim elterlichen Gut.

Aber Dolechal war sehr befriedigt: noch war nicht Feierabend gemacht! Drüben in Rocicha-Dorf stiegen schon Rauchschwaden aus den zusammengekauften Schälern der grün vermoderten Strohdächer, hier schafften noch alle fleißig auf dem Felde.

„Soll ich dich mal über die Wecker fahren?“ fragte er seine Frau. „Biel zu sehen wird freilich noch nicht sein. Aber sie haben ja die Freijahre, die sind eine riesige kalante Einrichtung!“

Wohlgemüht schaute er sich um: „Sieh mal, wie nett, wie sauber! Wie aus der Spielstättel! Unre Ansiedlung ist die wiederwunderschöne. Erinnerst du dich noch, vor fünf Jahren, als sie hier das Gut parzellierten? Wie herumgeräuschelt das war?! Und wie sieht es jetzt aus! Freilich, es wird noch eine Weile dauern, bis der ausgelegene Boden sich wieder erholt hat. Aber unter tüchtigen Arbeits-händen — da, sieh mal!“
Sieh unterbrechend, zeigte er auf eine freisrunde mächtige Scheune: „Wie ein Rirkus! Ein bißchen groß, aber, na — die hat sich der Amerikaner gebaut! Famoses Ding, was? Links das niedliche Gehöft gehört einem Schwaben. Ach, sieh mal an, hat sich der Mann neben den Obstbäumen auch Rebstöcke gepflanzt! — Ist das nicht rührend? Da hinten sitzen die Kolonisten aus der hiesigen Provinz alle zusammen. Und hier wird bei den Rheinländern!“

Sie waren die umgepflanzte Straße, an der die Günschen und die Scheunen sich rechts und links verteilten. Ein paar Mal auf und nieder gefahren. Nun hielten sie bei dem Neubau an.

Peter Bräuner und sein Sohn lägen gerade an einem Balken. Die Säge war stumm geworden, müdriß lang ihr Gequieck, und widerwilling nur gab der Balken nach. Mit einer gewissen Verbrossenheit arbeiteten beide Männer; sie blickten auch kaum auf, als Dolechal vom Wagen absprang und seinen Frau die Bibel übergab.

Er trat zu den arbeitenden und sagte: „Nun, wie steht's mit dem Bau?“

„Tag!“ Roter Bräuner sagte nur an die Mühe, während der Sohn die seine wohl heruntertat, aber sogleich wieder aufsetzte. „Könnst' besser sein. Wer kommt nie voran. Gatt' ich dat gewußt!“

„Wie? — hätten Sie was gewußt?“ fraate Dolechal lebhaft. „Ueber was haben Sie sich zu beklagen?“

„Der Herr ist wohl auch einer von der Kommission?“ fragte Peter mißtraulich und wackelte einen Blick mit seinem Sohne.

„Nein!“ Dolechal hatte den Blick aufgefassen. Aber Sie können mir ruhig sagen, was Ihnen nicht beugt. Ich interessiere mich für die Kolonienstation. Ich bin auch Deutscher. Hier in der Nachbarschaft anständig — Dolechal auf Deutschland!“

„Ah, Sie sind der von Dolechal? So, no dann!“ — Peter Bräuner streckte treuherrig die Hand hin — „dann is dat wat anders. Ich hab' als von Ihnen gehört. Un dat is Ihr' Frau?“ Er grüßte mit einer ungelassenen Verbeugung nach dem Wagen hin. „Ja, wissen Se, Herr von Dolechal, Se müßten mir dat nit übel nehmen, aber mer wird ganz mißtraulich. Sie haben einem dat doch all ganz anders vorgestellt — oder ach mir nur dat so anders gedacht hab'!? Ich weiß et nit! Jedenfalls hätt' ich, wenn ich früher gewußt hätt', dat mer hier eis kältes Arbeitskräft' kriegt — ich weiß nit, find ihers wirklich kein' da ober wollen se nur nit — mir dat ganz vom Bauamt hore lassen. Sie hotten mir nit dat angeboten, aber ich dacht', et kam' so billiger. Ja, un wenn ich dat all ganz genau gewußt hätt', wär' ich gar nit hierhin gekommen, da hätt' ich doch ebenio gut nach Amerika auswandern können!“

„Das dürfen Sie nicht sagen!“ Dolechal warf einen wohlgefälligen Blick auf den jungen Mann, der zu den Worten des Roters bestimmend nickte. „Sie müßten doch Ihre Kinder, Ihren Sohn da, dem Vaterland erhalten!“

„Da, wat dat anbelangt, de kann in Amerika ebenio gut berück bleiben wie hier! — Un hier muß mer sich so plagen, genau so wie wo anders — ne, noch viel mehr!“

(Fortsetzung folgt.)

meinden und Gemeindeverbänden erlassenen Vorschriften die Reichsbergungsteuer treten soll, von deren Ergebnis die Hälfte dem Reiche zuzuführen soll. Die Erhebung der Steuer erfolgt als Kartenssteuer, wenn von den Teilnehmern der Veranstaltung Eintrittsgeld zu entrichten ist, als Pauschalsteuer (nach dem Plätzenraum), wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird. Ausgenommen sind Veranstaltungen, die lediglich dem Unterricht in Unterrichtsanstalten dienen.

Das Kartenspiel
Soll ebenfalls in Zukunft steuerlich höher belastet werden. Die jetzige Reichsbergungsteuer von 30 % bzw. 50 % für Spielfarten soll künftig für Kartenspiele von mehr als 24 bis einschließlich 48 Blättern auf 2 % belaufen; für Kartenspiele mit weniger Blättern bzw. mit mehr Blättern ermäßigt sich oder erhöht sich auf 5 %.

Eine Vermögensabgabe.

Berlin, 28. Juni. Die Ausarbeitung eines Gesetzes über eine große Vermögensabgabe geht im Reichsfinanzministerium ihrer Vervollständigung entgegen. Sie wurde beschleunigt, da, wie bereits gemeldet, der Finanzminister Wert darauf legt, daß die Vorlage noch im Juli der Nationalversammlung zugeht. Man plante ursprünglich, durch die Abgabe 40-50 Milliarden herauszubekommen, da man sich aber noch in letzter Stunde ein bedeutend höheres Ziel gesetzt hat, so hat es sich als notwendig erwiesen, den Rahmen erheblich zu erweitern. Man will jetzt sogar versuchen, durch die Vermögensabgabe 70-90 Milliarden herauszubringen. Die Abgabefrist soll möglichst entgegenkommend gestaltet werden. Als Ausgleich dafür sollen die Steuerbeträge verzinst werden, soweit ihre längere Stundung nachgesucht und bewilligt wird.

Baden.

Schulgesetz und Verfassung. Da einige Bestimmungen der neuen badischen Verfassung mit dem bisherigen Schulgesetz nicht in Einklang ständen, so hat sich, wie erinnerlich, der Verfassungsausschuß des Landtags mit den nötigen Änderungen des Schulgesetzes befaßt. Im „Schulverordnungsblatt“ werden diese Änderungen jetzt bekannt gegeben. Es handelt sich dabei vor allem um die Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer, um die Befreiung von Schülern vom Religionsunterricht und um die Schulgelderhebung resp. Schulgebühren.

„Gewerkschaft“ der badischen Eisenbahnbeamtenvereine. Sämtliche Eisenbahnbeamtenvereine haben sich zu einer Gewerkschaft bad. Eisenbahnbeamtenvereine zusammengeschlossen und gleichzeitig zur Durchführung der wirtschaftlichen Selbsthilfe eine Wirtschaftsgenossenschaft der Gewerkschaft bad. Eisenbahnbeamtenvereine gegründet. Der bisherige Verband bad. Eisenbahnbeamtenvereine dem auch die beiden Eisenbahnorganisationen angehören, wird aufgelöst.

Interpellationsstoff für Herrn Oberbürgermeister Mayer. Man schreibt uns: Der glänzende Herrmann, den der Herr Oberbürgermeister Mayer mit seinen deutlichen Freunden in der letzten Interpellationsdebatte im Landtag erlebt hat, veranlaßt uns, den Herrn Oberbürgermeister anzuschreiben, es einmal mit einer Interpellation auf einem anderen, ihm näher, sogar ganz nahe gelegenen Gebiet zu versuchen, mit dem ihm vielleicht ein größerer „Erfolg“ beschieden sein wird; vielleicht auch nicht! Wir bitten Herrn Oberbürgermeister Mayer, im Landtag folgende Interpellation an die Regierung zu richten:

1. Ist es der bad. Regierung bekannt, daß das dem Evangelischen Oberkirchenrat in seinen verschiedenen Verwaltungseinheiten unterstellte Waldhut- und Güteraufsichtspersonal in einer Weise entlohnt wird, daß es jeder Weisung spottet und bezogtes Personal gezwungen ist, buchstäblich am Hungertuche zu nagen?

2. Ist die Regierung bereit, vom Evangelischen Oberkirchenrat eine genaue Aufstellung über die Entlohnung dieses Aufsichtspersonals zu verlangen und den Mitgliedern des Hauses zur Einsichtnahme vorzulegen?

3. Ist die Regierung bereit, dafür einzutreten, daß die Entlohnung des staatslichen und kirchlichen Aufsichtspersonals eine gleichmäßige wird und welche Mittel will die Regierung in Anwendung bringen, um den Evangelischen Oberkirchenrat zu einer besseren und menschenwürdigen Bezahlung dieses Aufsichtspersonals zu gewinnen?

Herr Oberbürgermeister Mayer ist bisher stets und energisch dafür eingetreten, wenn es galt, den Geistlichen eine bessere Entlohnung zu verschaffen. Wir zweifeln nicht daran, daß es nur obiger Anregungen bedarf, um ihn daran zu erinnern, nur umgekehrt auch für die Verdienste der Armen bei der evangelischen Kirchenverwaltung für eine Besserung an deren Lebenshaltung energische Schritte zu unternehmen.

Landesausführung der demokratischen Partei in Baden. In unserem gestrigen Bericht befindet sich ein finanzieller Fehler der allerdings nicht auf unser Versehen zurückzuführen ist, sondern auf das bei uns den Bericht übermittelnden Korrespondenz. In den Ausführungen des Ministers Dietrich über die Vorgänge in Weimar heißt es am Schluß bezüglich der Ausführungen des Abg. Schiffer, die Rede, die dieser gehalten habe, habe in ihrem zweiten Teil den Eindruck hervorgerufen, als wolle die Partei nach rechts marschieren. Dieser Eindruck war, — so schreiben wir — wie der Abg. Schiffer dem Redner gegenüber selbst mitteilte, beabsichtigt. Es soll jedoch heißen: nicht beabsichtigt. — Da wir in das Innere des Herrn Schiffer nicht hineingucken können, so müssen wir es ihm halt glauben, daß er diese schlimme Absicht nicht gehabt hat. Hauptsache ist aber die Wirkung, die seine Rede gehabt hat, und da befinden wir uns ja mit den demokratischen Freunden des Herrn Schiffer in freierlicher Übereinstimmung.

Auch die Schwärzener Demokraten sind unzufrieden; der dortige demokratische Verein nahm eine Entschiedenheit an, in welcher der Austritt der demokratischen Parteimitglieder aus der Landesregierung bedauert und die Ausführungen des Sprechers der Partei, des Abg. Schiffer, mißbilligt werden.

Die Neuordnung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals. Die in der vergangenen Woche während einer Sitzung des badischen Landtags von dem Finanzminister Dr. Wirth gemachten Mitteilungen über die Neuordnung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals werden jetzt durch eine amtliche Nachricht ergänzt, in der zunächst ebenfalls festgestellt wird, daß die Beratungen über die Neuordnung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals zu einem vollen Mißverständnis zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Organisationen geführt haben. Die neuen Bestimmungen bringen dem Eisenbahnpersonal auf der Grundlage der achtstündigen Arbeitszeit erhebliche Erleichterungen in den Dienstzeiten und Erweiterungen der Ruhezeiten. Ihre Durchführung soll mit aller Beschleunigung erfolgen, wird aber naturgemäß erst dann reiflich möglich sein, wenn die Durchsicht der Dienstpläne beendet und das weiter erforderliche Per-

sonal eingestellt und eingearbeitet ist. Der entsprechende Aufwand ist im 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1 Jahr auf 15,3 Mill. Mark, für den Rest des Jahres 1919 auf 5 Mill. Mark bemessen.

Ueber die Eidesformel. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist in Aussicht genommen, in dem demnächst erscheinenden Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte und des Strafverfahrens Bestimmungen aufzunehmen, nach denen der Zusage der religiösen Eidesformel befreit und der Gebrauch einer solchen dem Ermessen des Schwurpflichtigen anheim gegeben wird.

Vermehrung der Gendarmerie. Wie der Minister des Innern Memmele in einer der letzten Sitzungen des Landtags mitgeteilt hat, machen es die Zustände im Lande notwendig, das Gendarmeriekorps zu vermehren. Der neueste 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthält die dafür notwendigen Anforderungen in Höhe von etwas über einer halben Million Mark. Neu geschaffen sollen werden 62 Oberwachmeisterstellen, 60 Wachmeisterstellen und 120 Stellen für Gendarmen. Für die Bekleidung und Bewaffnung dieser Gendarmen sind allein nahezu 100 000 Mark notwendig. Zur Erwerbung von Dienstgebäuden auf dem Lande für die Mannschaften der Landespolizeitruppe werden dann noch außerdem 200 000 Mark angefordert.

Durlach, 30. Juni. Eine Kinderwanderung veranstaltet am kommenden Sonntag, 6. Juli, der Touristenverein „Die Naturfreunde“ nach der St. Barbara-Kapelle bei Langensteinbach. Ein sehr guter Gedanke, der zahlreiche Beteiligung verdient. Für gute Führung und Obhut der Kinder, ebenso für einen warmen Anblick ist Sorge getragen. Abmarsch morgens 8 Uhr vom Marktplatz. Bei ungünstiger Witterung findet die Wanderung 8 Tage später statt.

Durlach, 30. Juni. Ein frecher Diebstahl wurde in der Nacht vom Freitag auf Samstag in einer Schweinezucht an der Dürbachstraße verübt. Die Diebe drangen durch ein Fenster in den Stall ein, schlachteten 2 Küchenschweine an Ort und Stelle und verschwandem unbemerkt mit dem Fleisch.

Baden-Baden, 29. Juni. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten von hier und Umgebung veranstalteten am Freitag eine Demonstration, die sich gegen den Lebensmittelpreisanstieg gegen die Steuerung und den Schleißhandel, sowie gegen ungerechte Behandlung bei Verteilung der vorhandenen Lebensmittelrichtete richtete. Auf dem Theaterplatz fanden sich laufende von Personen ein, die sich zum Zuge formierten. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates hielt eine Ansprache und mahnte zur Ruhe und Ordnung, worauf die Resolution verlesen wurde, die sich gegen die Mißstände richtete und einstimmige Annahme fand. Dann setzte sich der Zug in Bewegung und marschierte durch verschiedene Straßen nach dem Rathaus, wo Herr Oberbürgermeister die Resolution überreichte wurde. An den Straßen, die der Zug passierte, waren die meisten Geschäfte geschlossen und der Straßenverkehr ruhte für einige Stunden vollständig. Die ganze Demonstration verlief ohne Störung in größter Ruhe und Ordnung. (Wir mußten diesen Bericht einer Zeitungs-Korrektur entnehmen, da es unsere Badener Genossen nicht für nötig hielten, uns einen solchen zu übermitteln. D. M.)

Stühlingen, 29. Juni. Ein Arbeiter der hiesigen Gipswerke verlor 50 000 Mark nach der Schweiz zu verbringen und zwar im Auftrag seines Arbeitgebers. Letzterer, der schon mehrfach in ähnliche Fälle verwickelt war, wurde in Haft genommen.

Mosbach, 30. Juni. Am Samstag früh versuchten die Anwohner des hiesigen Amtsgeländes auszubringen. Sie übermühten den Geländeaufsicht und dessen Sohn. Als sie die Geländegrenze absteckten wollten, wurden sie aber bemerkt und konnten wieder in ihre Zellen zurückgebracht werden. Drei der Verbrecher sind entflohen. Bei dem Aufruhr handelte es sich um „Mosbacher Volkssturm“ meist um Schwerverbrecher, die von Mannheim hierher kamen.

Wagberg, 30. Juni. In Affalstadt kam es zu Ausschreitungen, die ihren Ursprung in dem Umstand hatten, daß dort schon vor geschloßener Zeit ein größeres Gendarmereinsatzgebot in Aktion treten, um die Ruhe wieder herzustellen.

Bezugsverfahren für Kartoffeln. Das Ministerium des Innern wird, falls für den Herbst ein befriedigendes Kartoffelangebot zu erwarten ist, und reichsrechtliche Vorschriften kein Hindernis bereiten, das Bezugsverfahren auch für die Winterperiode 1919/20 wieder zulassen.

Zur Luftfahrt aus Baden wird amtlich festgestellt, daß diese nur mit Genehmigung der bad. Oberregierung erfolgen kann, und daß Ausflugsflieger nur bis zur Frühmorgensdämmerung nicht erteilt werden. Im auch der Abwanderung von Öst aus Baden auf dem Schleichweg entgegenzutreten hat die Regierung bereits in die hauptsächlich für eine Ausfuhr auf dem Schleichweg in Betracht kommende Bezirke Weinsheim, Heidelberg und Mannheim (Vertragsbezirke) ein beträchtliches Gendarmereinsatzgebot verhängen lassen, welches die Weisung hat, den Schleichverkehr scharf zu überwachen und besonders jede Ausfuhr nach Norddeutschland auf dem Wege des Schleißhandels mit allen Mitteln zu verhindern.

Eine Personenverwechslung. Wie die „Volksstimme“ in Mannheim mitteilt, war es nicht Hermann Memmele, der anlässlich der Mannheimer Unruhen die „Koste-Gardisten“ zum Nebertritt zu der U.S.P. zu bewegen versuchte, sondern Daniel Seiginger. Da beide in der Kamerade waren, so hat der Gewächsmann der „Volksstimme“ die Namen verwechselt. Wir stellen das hiermit richtig. An dem tatsächlichen Sachverhalt ändert sich indessen nichts.

Tagung des badischen Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege.

Der bad. Landesauschuß für Leibesübungen und Jugendpflege, wie der badische Landtag für Körperpflege und Jugendberziehung sich jetzt nennt, hielt am Samstag in Karlsruhe im Landtagsgebäude seine erste Tagung ab, zu der sich die Vertreter aller bürgerlichen Verbände und Vereine aus dem ganzen Lande eingefunden hatten, die der Körperpflege und der Jugendberziehung sich widmen. Der 1. Vorsitzende des Landesauschusses, Prof. Fuchs-Karlsruhe, wies in seinen die Tagung eröffnenden Begrüßungsworten darauf hin, wie notwendig nicht nur eine Förderung der körperlichen und sittlichen Kraft unseres Volkes, sondern auch die Pflege der Jugendberziehung ist, die der Landesauschuß deshalb in vollem Umfang in sein Arbeitsprogramm aufnehmen will. Der Gesamtverband soll zwei Abteilungen umfassen, eine für die Leibesübungen und eine für die Jugendpflege.

Nachdem namens der Unterrichtsverwaltung Geh. Reg.-Rat Kuenzler und im Namen der Stadt Karlsruhe Bürgermeister Klein-Schmidt der Tagung besten Erfolg gewünscht und die Unterstützung der Behörden zugesagt hatten, nahm die Versammlung den von Schriftführer Merk erstatteten Bericht der Geschäftsstelle entgegen. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß in der Spielplatzfrage die Stadt Karlsruhe sowohl wie die zuständigen Regierungsstellen das weitestgehende Verständnis an den Tag gelegt haben, daß aber auch in anderen Städten Entgegenkommen zu erwarten ist. Während in die Spielplatzfrage schon bedeutend gehoben ist, ist in der Wanderfrage und im Wasserport noch manches zu tun. Die Versammlung war mit dem Bericht einverstanden und genehmigte die oben erwähnte Anerkennung des Namens des Landtags. Fernerhin ergab sich Einigkeit darüber, die Einrichtung einer Abteilung für Leibesübungen

und Jugendpflege im Ministerium zu betreiben und die Frage der Hochschule für Leibesübungen weiter zu fördern. Die nächste Tagung soll wiederum in Karlsruhe stattfinden.

Die Kohlennot.

„In Aßern, 29. Juni. Die Champagnerflaschenfabrik vorm. Gg. Kochring u. Co., welche schon seit längerer Zeit infolge Kohlenmangels den Betrieb nicht mehr voll aufrecht erhalten konnte, hat nunmehr den Betrieb völlig stillgelegt. Gestern wurde der gesamten Arbeiterschaft, welche in den letzten Tagen größtenteils nur mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt wurden, gekündigt. Damit werden über 300 Arbeiter mit zum Teil recht zahlreichen Familien auf einen Schlag brotlos. Die Arbeiterschaft entsandte zwei Beauftragte nach Berlin, um mit dem Reichskommissar in Gegenwart des Vorsitzenden des Glasarbeiterverbandes über die Frage der Kohlenbelieferung zu beraten. Sollte es nicht gelingen, der Fabrik in allerhöchster Zeit Kohlen zuzuwenden, so wäre die Wiederaufnahme des Betriebes garabegru in Frage gestellt, da die Arbeiter infolge Aufnahme anderer Berufswege für die Fabrik allmählich verloren gehen dürften.“

Landeskonferenz der Freizeugehilfen.

1. Karlsruhe, 16. Juni.

Am 15. Juni abends wurden die Verhandlungen im „Friedrichshof“ vom Verbandsvorsitzenden E. Horn aus Berlin eröffnet. Zur Leitung wurden die Kollegen Giese aus Frankfurt a. M., Conrad aus Karlsruhe und Halluff aus Stuttgart bestimmt. Vertreten waren die Zweigvereine Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe mit Bruchsal, Konstanz, Mannheim, Pforzheim und Stuttgart. Baden-Baden war nicht vertreten. Die Delegierten berichteten über den Stand der örtlichen Organisation und gaben einen Überblick über deren Neubildung nach dem Waffenstillstand und das Zustandekommen der Tarifvertragsabläufe die noch recht ungenügend gestaltet sind. In Heidelberg z. B. währt die Arbeitszeit von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, mit kurzen Essenspausen und auch im übrigen ist die tarifliche Arbeitszeit von dem gesetzlichen Achtstundentag noch recht weit entfernt. Die Sonntagsruhe ist seit 1. Mai fast überall tariflich vereinbart, mit Ausnahme von Mannheim und Pforzheim. Allein die Sonntagsruhe ist noch nicht auf der gesetzlichen Grundlage des § 41b C.O. durchgeführt und zu einer einheitlichen Regelung der Geschäftsbetriebszeit an Wochenenden verlagert die Gewerbeordnung vollständig. In der Aussprache befahte man sich insbesondere auch mit dem Abschluß des Landestarifvertrags für Baden, wozu es auf Seiten der Arbeitgeber an einer einheitlichen Organisation fehlt, ganz abgesehen von den Inorganisierten auf beiden Seiten. Die Zahl der Verbandsmitglieder in Baden beträgt 150, wovon etwa 50 weibliche.

Am Montag wurden die Verhandlungen im „Salmen“ fortgesetzt. Der Verbandsvorsitzende berichtete über die Beschlüsse des 13. Verbandstages in Stuttgart, der in der Vorrede lagte. Er wies insbesondere auf die Einführung von vier Beitragsstufen hin, mit Wochenbeiträgen von 40 % bis zu 1 % und die entsprechenden erhöhten Unterstufen. Der Name des Verbandes wurde umgeändert in „Arbeitnehmerverband des Freizeuges und Haargewerbes“. Für die künftige Gestaltung der Tarifverträge wurden gewisse Normen aufgestellt bezüglich der Arbeitszeit, der Verrichtung des Kost- und Logiszwangs usw. Darauf wurde die Neuerteilung des Bezirks erörtert, und beschlossen, daß Baden einen eigenen Verbandsbezirk bilden solle, für den ein Kollege freizustellen sei. Der Kosten soll im Verbandsorgan ausgeschreiben werden. Der Verbandskassier Langner aus Berlin erläuterte in einem durch praktische Beispiele unterstützten Vortrag die Führung der Kassengeschäfte.

Folgende Entschliebung gelangte zu einstimmiger Annahme. Die Konferenz erklärt: Nach Abschluß unserer Tarifverträge, die noch mit allen Mängeln einer erstmaligen tariflichen Regelung der ungenügenden Lohn- und Arbeitsbedingungen im Freizeuges besetzt sind, gehen die Arbeitgeber an verschiedenen Orten dazu über, unter Berufung auf die angeblich bedeutend erhöhten Gehältern, ihre Bedienungspreise wesentlich zu erhöhen. Durch diese Preissteigerungen verringert sich das ohnehin noch unzureichende Einkommen der Gehilfen und Gehilfinnen, so daß die im Tarifvertragsverhältnis stehende Gehilfenchaft in Baden sich genötigt sieht, eine Forderungszulage von mindestens 25 Proz. ab 1. Juli 1919 zu fordern. Die Zweigvereine der betreffenden Orte werden ersucht, mit den Tarifvertragskontrahenten bestmögliche unverzüglich in Verbindung zu treten.

Ein treffliches Referat des Herrn W. Hartmann über die sachlichen Aufgaben des Verbandes sowohl bezüglich des Herrenfaches wie auch des Damenfaches bildete den Schluß der Verhandlungen.

Soziale Rundschau.

* Vom Verband badischer Musiker. Kürzlich fand in Karlsruhe die erste Versammlung der Ortsgruppenvertreter des sich bei dieser Gelegenheit endgültig konstituierenden Verbandes badischer Musiker statt. Nachdem die Statuten von sämtlichen Vertretern der Ortsgruppen ihre Zustimmung erteilt, wurde die Wahl des Landesvorstandes vorgenommen, die folgendes Ergebnis hatte: zum 1. Vorsitzenden wurde Musikdirektor Bruno Stürmer, zum 2. Vorsitzenden Kapellmeister Heinrich Cassimir, zur Schriftführerin Konfessionistin Margarete Schweikert, zum Kassierer Gesangspädagoge Artur Vollmar, sämtliche in Karlsruhe gewählt. Außerdem wurden sieben Beisitzer, die verschiedene musikalische Berufszweige repräsentieren, ernannt. Aus Freiburg und Konstanz, die Musikdirektoren Hoff und Wienert, aus Lörrach der Musikschulleiter Ohlig, aus Heidelberg die Musiklehrer Frl. Albrecht, aus Baden-Baden die Konzertpianistin Frl. Weibel, aus Mannheim und Pforzheim die freistehenden Musiker Klapp und Kaufmann. Zum Syndikus des Verbandes hat sich Rechtsanwält Dr. Weiß in Karlsruhe zur Verfügung gestellt. Der Verband zählt jetzt in neun Ortsgruppen etwa 500 Mitglieder. Es wurde beschlossen, daß auch anhergehörliche Mitglieder, Musikinteressenten, die keinen musikalischen Beruf ausüben, aufgenommen werden können. Vom 1. August ab werden monatlich Mitteilungen als Verbandsorgan erscheinen, die neben der Aufführungsarbeit über die Ziele des Verbandes Anregungen für künstlerische, pädagogische, soziale und wirtschaftliche Fragen bringen werden. Von den künstlerischen Zwecken dienenden Bestrebungen ist der Plan zu nennen, Konzerte im Rahmen des Verbandes, auch Austauschkonzerte in den einzelnen Ortsgruppen, zu veranstalten. Das Hauptziel des Verbandes besteht darin, ein Musikergeheim zu erreichen. Damit gehen eine Reihe sozialer Fragen Hand in Hand, wie die Besserung der sozialen Lage der freistehenden Musiker, die Festlegung eines Musikerlöhntarifs, Abmachungen mit den Angehörigen des Lehrberufs wegen Ausübung musikalischer Funktionen, Vorschläge für die Verträge der Gesangsvereinsdirigenten u. a. m.

Aus der Partei.

München, 30. Juni. Der bisherige Chefredakteur der Berliner „Vorwärts“, Stämpfer, der bekanntlich aus politischen Gründen von der Leitung des Berliner Zentralorgans zurückgetreten ist, tritt nun in die Schweikertung der „Münchener Post“ ein.

Wahltag, 28. Juni. Auch in Mastatt wurde jetzt eine U. S. P. gegründet. Einerseits mag man vielleicht bedauern, daß auch bei uns die Spaltung des Proletariats durchgeführt wurde, und das zu einer Zeit, in der alles nach Einigung ruft; andererseits können die alten Anhänger unserer Partei aber herzlich froh sein, daß sie die Unabhängigen Störenfriede und Kräfte los wurden; vielleicht wird es jetzt wieder möglich sein, Parteiverbündnisse abzuschließen, in welchen in sachlicher Weise praktische Politik getrieben wird unter Vermeidung aller persönlichen Angriffe und widerwärtiger Klatscherei. Feststellen möchten wir nur noch daß die Gründer der U. S. P. bei den Genossen zu suchen sind, die vor einiger Zeit am lautesten nach dem Aktionsausbruch zur Einigung des Proletariats geschrien haben.

Mastatt, 1. Juli. Da sich seit der Revolution unser bisheriges Parteileben und Gewerkschaftsleben, das Gasthaus „zum Rappen“, zu klein erwiesen hat und den Anforderungen der mächtig anwachsenden Partei nicht mehr genügen kann, übernimmt der bisherige Rappentwirt, Gen. Otto Stier, am heutigen Tage das Gasthaus „zum Anker“, wo sich von jetzt ab das Partei- und Gewerkschaftsleben befinden wird.

Mannheim, 1. Juli. Die Arbeiterdifferenzen bei der Firma Braun, Boveri u. Co. sind beigelegt, nachdem die radikalen Arbeiterelemente ihren bisherigen terroristischen Standpunkt aufgegeben haben. Die Arbeit wurde am Montag in vollem Umfang wieder aufgenommen und auch die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften erschienen wieder an ihren Plätzen.

Kommunalpolitik.

Wortartenhandlung und Obstversorgung.

Aus U. n. e. bei Durlach schreibt man uns:
Schon längere Zeit machte sich ein Uebel in der Wortartenversorgung durch die hiesigen Wälder bemerkbar und zwar derart, daß das Mehl der versorgungsberechtigten Bevölkerung einfach verschwand. In letzter Zeit fehlten wieder bei einem hiesigen Wälder sage und schreibe 6 Sack Mehl (12 Zentner). Bei den anderen Wäldern ist dasselbe der Fall wie man hört. So hätte es eines Tages kommen können, daß die hiesige Bevölkerung einen ganzen Monat kein Brot bekommen hätte. Was das heißen soll, wird die Arbeitererschaft am besten wissen. Was das heißen soll, wird die Spur gegangen und dabei wurde die Entdeckung gemacht, daß mit den Wäldern etwas nicht im Reinen ist und in der Tat hat die Frau, die die Wäldersammlungen des Rathhauses zu reinigen hat, nach und nach eine schöne Anzahl Wortarten, die schon in Umlauf waren, dorten entwendet und sie nochmals in Umlauf gesetzt. Jedoch verwendete sie dieselben nicht allein für ihre Person, sondern sie machte noch ein Geschäft mit den entwendeten Worten bei Leuten, wo es am allerwenigsten von Notem gemessen wäre.

Der Gemeinderat hat nun in seiner letzten Sitzung Stellung zu der Angelegenheit genommen und die Frau aus ihrem Dienste entlassen und die Affäre der Gendarmerie übergeben. Nun aber wurde Peter und Morbio geschrien, weil man diese „schöne“ Frau entlassen hat. Man sucht nun den Gemeinderat und noch sonstige Personen in der Angelegenheit in den Akt zu ziehen. Der Verordnungsbeamte zur Aufklärung, daß die Angelegenheit mit den Wortarten und sonstigen zur gerichtlichen Feststellung kommt, auch wenn Personen, die den Vorteil von der Wortartenveräußerung jetzt nicht mehr haben, noch so schlupfen. Für gewisse Personen soll es eine Warnung sein, keine lügenhaften Behauptungen gegen auf dem Rathaus amtierende Personen aufzustellen. Auch die Wäldermeister sind gewarnt vor unlauteren Worten und Verleumdungen.

Ein zweites Schmerzenskind in unserer Gemeinde ist die Preishöchstpreisfrage. In der Stadt sind die Kirchenverkaufspreiskarten auf 75 Pf. festgesetzt, bei uns im Dorfe beim Erzeuger sollen sie 1 M. bis 1,20 M. in einzelnen Fällen noch mehr. Wir sind doch der Meinung, daß dieser Preis von 75 Pf. ganz angemessen erscheint. Diese Leute scheuen sich nicht, ihre Nebenmenschen bis aufs Mark auszuheben, alles unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe. Es wird hier ganz offen ausgesprochen, das Lumpengefindel hat auch rot gewählt, jetzt sollen sie sich auch dort Kirchen holen. Man geht sogar noch weiter und droht in verbesselter Form und Art bei der kommenden neuen Kartoffelernte der hiesigen Arbeitererschaft keine zu liefern. Die Erzeuger haben jedenfalls die Absicht, die Kartoffeln wieder nach Pforzheim, Widdach usw. an die bessere Gesellschaft zu liefern für einen Preis, der ganz über Profitgier entspricht. Für die Arbeitererschaft heißt es auf der Hut zu sein, nicht daß sie noch mehr hungern muß. Die Landwirte sollen nur so fort machen, dann hat jedenfalls Sparlosus leicht Eingang zu halten. Deshalb, Landwirte, lernt aus den Mannheimer Vorgängen, ihr seid gewarnt!

Spöck, 26. Juni. Bei der am Sonntag, 22. Juni stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurden im ganzen 834 Stimmen abgegeben, sieben waren ungültig. Es entfielen auf den auch am Sonntag, 22. Juni kandidierten Kandidaten 680, auf den bisherigen Bürgermeister 147 Stimmen. Nun wird unser gewählter Bürgermeister wohl endlich einsehen, welches Vertrauen er bei der Einwohnererschaft noch hatte. Großer Jubel und Freude herrscht in der Gemeinde, da nun endlich der alte selbstherrliche Geist beseitigt ist. Die Einwohner brachten dem neuen Bürgermeister eine Jubelzug durch Aufstellung eines prächtigen mit Wäldern geschmückten Zinnenbaumes, sowie durch Veranstaltung eines Festgütes. In seinen Dankworten versprach der neue Bürgermeister, daß er zu jeder Zeit eintreten werde für das Gesamtwohl Aller, für arm und reich.

Weingarten, 31. Juni. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Koch mit 41 von 86 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. 25 Zettel, die von unserer Partei herrührten, waren weiß. Nachträglich sei auch noch das Ergebnis der Gemeinderatswahl registriert. Und zwar erhielten die Sozialdemokraten und Zentrum je 2, die Demokraten 1 und die Sozialdemokraten 8 Sitze.

Spöckheim, 18. Juni. Die Brotversorgung läßt hier augenblicklich sehr viel zu wünschen übrig. Wenn die Wortarten für 14 Tage ausgegeben werden, dann haben die Wälder das volle Quantum Brot für die ganze Ausgabeweit gleich in den ersten Tagen. Nach 6-8 Tagen ist das Brot natürlich schimmelig, was insbesondere bei der schlechten Mehlweissenheit nicht zu verwundern ist. Aber weit und breit wird das Brot nicht auf Wochen hinaus gehalten, sondern das Waden des Brotes richtet sich überall nach dem Verbrauch.

Es wäre deshalb Pflicht der Gemeindebehörde, die vier Wälder zu veranlassen, das Brot abwechslungsweise zu geben, so daß in den 14 Tagen jede Woche zweimal gegeben wird. Das ist doch gewiß nicht zuviel verlangt. Sollte dies nicht geschehen, so wenden wir uns an die maßgebende Behörde. Wir brauchen unser Brot zum Essen und wollen es nicht in die Dungsgrube werfen.

Gernsbach, 30. Juni. Bei der Bürgermeisterwahl wurde Stadtrat Dr. Engelmann zum Bürgermeister gewählt.

Offenburg, 26. Juni. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung die Jahresrechnung für die Stadtkasse auf 700 M. festgestellt und dabei bestimmt, daß für jede veräußerte Sitzung fünf Mark in Umlauf gebracht werden. Ferner beschloß der Stadtrat auch den in den Armenrat ernannten Mitgliedern eine Jahresbezahlung von 350 M. zu gewähren.

Bürgermeisterwahl in Mannheim. Die die „Neue Badische Landeszeitung“ hört, haben sich die Parteien des Bürgerausschusses auf der Basis geeinigt, daß die Wiederwahl des ersten Bürgermeisters Ritter und Bürgermeisters Dr. Finter gesichert ist. Die freigewordene Stelle des Bürgermeisters von Holländer bleibt vorläufig unbesetzt.

Amerikanischer Speck und Schweinefleisch wird einer amtlichen Mitteilung zufolge demnächst in Baden wieder zur Verteilung kommen. Die Kommunalverbände wurden berechtigt auf den Preis von 6.30 M. ihre eigenen Auslagen aufzurechnen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 1. Juli.

Bürgermeisterlicher Umfahrlauf in Durlach.

Durch eine Anzeige, die an das Fahndungsbüro der Volkswehr gelangte, ordnete der Vorstand derselben eine sofortige Untersuchung beim angeklagten Schieber Herrn Bürgermeister Hemberger von Durlach an. Während Tausende von Personen nicht in der Lage sind, das kleinste Quantum Fett, Kalas, Olivenöl, Schokolade zu erhalten, befanden sich laut nachfolgender Aufstellung folgende schöne Schmuggelwaren vor:

39 Kisten Fett à 50 Pfund, 11 Kist Fett à 100 Pfund, 1 Karton mit Fett à 25 Pfund, 18 Pakete Fett à 2 Pfund (Pflanzenfett), 26 Pfund Speck, 1 1/2 Zentner Kalas, nach eigener Angabe des Schmugglers, 1 Kist Fett à 3 Zentner, 3 Kist Olivenöl à 250 Liter, 1 Kist Olivenöl, noch circa 20 Liter Inhalt, 5 Kisten Stärke, circa 2 1/2 Zentner, 3 volle Kisten Schokolade, 1 Kiste mit 98 Tafeln Schokolade, 1 Kist Del, nach Neuburgweiler verschmuggelt.

Bürgermeister Hemberger hatte schon an Alexander Klein, Wehrgemeister in Durlach, folgendes zur Veräußerung abgegeben: 27 Pakete Fett, circa 47 Pfund Fett, 10 Pakete à 2 Pf. Pflanzenfett, 1 1/2 Pfund Speck, 17 Tafeln Schokolade, davon zwei angebrochen.

Des weiteren fand man eine Kiste, in welcher 8 Liter Del in Flaschen abgefüllt und circa 12 Pfund Speck, ebenfalls paketweise eingewickelt, waren. Nach Angabe des bürgermeisterlichen Schiebers fehlten die Herren Beamten in der Besichtigung die glücklichen Empfänger werden. — Der Wert der beschlagnahmten Waren dürfte sich auf circa 150 000 M. belaufen.

Dieser fetten Fund der Volkswehr ist wirklich ein Skandal. Wenn natürlich die staatlichen und kommunalen Behörden sich als Wäde im Garten betätigen, ist es nicht verwunderlich, wenn der Schleichhandel immer üppiger in die Höhe schießt. Der Volkswehr aber für ihr Zutreffen vollste Anerkennung!

1. Juli, 1. Juli, der siebte Monat unseres Kalenders hat 31 Tage, darunter vier Sonntage. Sein deutscher Name ist Heuet oder Heumonat. In Oberbaden wird allerdings auch der Juni Soewet genannt. Letztlich wird die Soewente meistens im Juni vollzogen und im Juli zum Abschluß gebracht. Der Juli gilt als einer der heißesten Monate, am 16. Juli beginnt die Hundstage, die endigen am 27. August und gelten als die heißeste Zeit des Jahres. Am 23. Juli tritt die Sonne in das Zeichen des Löwen. Während des Monats nimmt die Länge der Tage in merklicher Weise ab, nämlich um fast eine Stunde. Der lateinische Name des siebten Monats, Julius, der sich in der Verfilmung Juli nach bei uns erhält, kommt von dem Namen des großen römischen Staatsmannes und Eroberers Gaius Julius Cäsar, vor Cäsar hieß der Monat Quintilis (der Fünfte) weil er der fünfte Monat des römischen Kalenders war.

Verammlung der Obst- und Gemüsehändler. Die „Elog“ hatte auf Samstag mittag zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die von Konsumenten schwach besucht war. Nach erfolgter Mitteilung auf die 1111 Volkswehr wurde sodann Aufhebung der Zwangsverpflichtung verlangt. Die Schuld an den hohen Obstpreisen liegt an der badiischen Obstversorgung und am Großhandel. Herr Hund, bekannt durch seine lehrreichen Auseinandersetzungen mit der Obstversorgung, erhob schwere Anklagen gegen dieselbe. Die Obstversorgungskaufleute machen die Versorgung der Stadt Karlsruhe mit Obst unmöglich, denn sie verschleudern alles Obst nach auswärts, z. B. Darmstadt, Frankfurt, Gießen usw. So z. B. schiebe ein Herr Lehmann von der Obstversorgung das Obst maggonweise an seinen Schwager in Berlin. Aus reiner Gewinnsucht würden die Lieferungen nach Norddeutschland gemacht. Der reelle Gewinn der Obstversorgung hätte mindestens (1917) für die Obstvermittlung in Baden 2 500 000 M. und für diejenige außerhalb 2 500 000 M. betragen. Obwohl die festgesetzten Zuschläge von der Obstversorgung überschritten und hierdurch der Gewinn erhöht worden sei, wären bis 1 600 000 M. übriggeblieben. Wo die fehlenden Beträge hingekommen seien, wisse man nicht. Die Obstversorgung hätte ohne jede Aufsicht gearbeitet und der Geldverkehr sei durch die Landwirtschaftskammer und Heeresverwaltung gegangen, wodurch eine Ueberheißung möglich wäre. — Das sind schwere Anklagen gegen die Obstversorgung beim Landwirtschaftskammer. Hier verlangt das öffentliche Interesse unbedingt Aufklärung. Man kann doch nicht annehmen, daß Herr Hund seine Anklage aus den Fingern gegogen hat. — Ein Arbeiter protestierte gegen die Aufhebung der Zwangsverpflichtung und billigte das Verhalten der Volkswehr, welches von einem anwesenden Vertreter derselben gerechtfertigt wurde. Auch mehrere Redner waren mit dem Vorgehen der Volkswehr einverstanden und empfahl den Anwesenden den Anschluß an die Konsumtengenossenschaft, um durch diese direkt mit den Erzeugern in Fühlung treten zu können. Der juristische Beirat der „Elog“ verlangte, daß die Regierung Höchstpreise festsetzen möchte und nicht nur die Aufkäufer des Großhandels, der Obstversorgung, sondern auch der Kleinbändler zum Aufkauf zugelassen werden sollten, was von der Versammlung gutgeheißen wurde.

Es herrschen wirklich „ideale“ Zustände auf dem Kirchen- und Heibelbeerenmarkt. So wird uns von einem Kleinbändler mitgeteilt, daß er für Heibelbeeren, die von dem Altstädter Aufkäufer stammen, für das Pfund 2 M. beim Einkauf zahlen mußte, während er sie für 1,30 M. das Pfund abzuheben nachher verpflichtet war. Von der so vielgepriesenen „Elog“ bezog derselbe Händler Erdbeeren zum Preise von 2,50 M. das Pfund, für 1,80 M. mußte er dieselben veräußern. Man sieht hieraus, daß beim Einkauf schon die Preise zu hoch sind. Dazu wird uns aus Lauf bei Wühl zur Illustration ein kleiner Beitrag geliefert, der schließlich geeignet ist, einen Einblick in die Einkaufsgeheimnisse zu erhalten. In Lauf wurden von den Unterkäufern die Erdbeeren mit 1,50 M. per Pfund erworben und die Wänter waren damit zufrieden. Nun kam der Oberaufkäufer der Bad. Obstversorgung und bot 3 M. für das Pfund. Angehört solcher Laifaden braucht man sich wirklich nicht wundern, wenn dann in der Stadt das Pfund Erdbeeren 3,40 M. kostet.

Es wird eine dringende Aufgabe der Regierung sein, mit der badiischen Obstversorgung und ihren Hintermännern ein ernstes Wort zu reden und dafür zu sorgen, daß endlich einmal eine vernünftige auch für die Konsumenten gesunde Preispolitik einsetzt und auch eingehalten wird.

Versammlungen der Kommunisten und U. S. P. Am Samstag mittag sprach im Apolloniale der Kommunist Engel aus Mannheim über die Forderungen der Kommunisten, die er sachlich und überzeugend darzulegen verstand. Für die Einfüh-

rung der Mätereipublik hält er die Zeit jedoch noch nicht reif, aber trotzdem berufen die Kommunisten, wie die Praxis zeigt, dieselbe einzuführen, wie ja Rußland, München und Mannheim im Februar d. J. bewies, was dem Referenten sicherlich auch bekannt sein muß. Vor der U. S. P. hat der Redner keinen großen Respekt, deshalb durfte er sie auch anrempeln und erhielt sogar noch Beifall. Auf Anfrage des Mehrheitssozialisten Gen. Guckl offenbarte Herr Engel, daß die Kommunisten lieber eine bürgerliche Regierung anstatt eine solche der Mehrheitssozialisten oder U. S. P. haben wollen weil die bürgerliche Regierung den Zusammenbruch schneller herbeiführen werde. Die Mündener Mätereipublik sei von der U. S. P. durch Idealisten und politische Hochkapler (schönes Kompliment für die U. S. P. errichtet worden und leider hätte auf Hülse der Arbeitererschaft die Kommunisten die Mätereipublik übernommen. Die U. S. P. zeigte sich in München zum Regieren unfähig. — Herr Dietrich von der U. S. P. polemisierte gegen die Kommunisten und selbstverständlich belamen die 1111 Mehrheitssozialisten tüchtig ab. Dietrich ist bekanntlich in seinen Mitteln gegen die alte Partei nicht wählend, ob die Wahrheit zu ihrem Recht kommt, ist Nebenache. Die Hauptidee ist, daß das Gejagte jst. So behauptete er ganz lähn, daß die Mehrheitssozialisten den Achtundentag abschaffen wollen. Öffentlich bringt Herr Dietrich noch nähere Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptungen, denn uns ist davon nichts bekannt.

In der Versammlung der Unabhängigen am Sonntag im Glosseum sprach Redakteur Berger, Berlin über „Unsere politische u. wirtschaftliche Zukunft“. Er führte u. a. aus: Die Schuld des Kriegsausbruchs am 1. August 1914 liegt allein auf deutscher Seite, nicht aber die Schuld am Krieg selbst; deutsche Militärs hätten in den besetzten Gebieten die Notbremse eingeleitet; er belegte die Behauptung durch Tatsachen, die auch dem Karlsruher Demokraten Dr. Haas bekannt sein müßten, dem er übrigens eine ganze Reihe recht unbedenklicher Handlungen nachsagte. Selbstverständlich belamen die Mehrheitssozialisten und auch die Gewerkschaften ihren Teil an Vorwürfen und das nicht zu knapp. Die Entente-Sozialisten wären nach Ansicht des Referenten „Individer“ gewesen, wenn sie zu Gunsten der deutschen Republik auf die Friedensverhandlungen eingewirkt hätten usw. Weiter kritisierte er, daß auf dem Lande der Achtundentag noch nicht eingeleitet wäre, und daß noch fast alle leitenden Stellen von Reaktionsären besetzt seien. Redner hätte hier aber anführen müssen, daß auch keine Parteifreunde feinerzeit, als der Achtundentag eingeführt wurde, in der Regierung saßen. Folglich trifft seine Kritik auch für sie zu. Seine Ausführungen schloß er mit der Aufforderung, von der Sozialdem Partei zur U. S. P. überzutreten. Einem aufmerksamen Zuhörer müssen oft Bedenken gegen die Ansichten Bergers aufgefallen sein, insbesondere aber auch wegen seiner Freundschaft zu den Kommunisten, es werden der Aufzählung zum Eintritt in die U. S. P. noch nicht nachgekommen sein.

U. n. e. Arbeiter in der Gewerkschaftenliste. Man schreibt uns: Bei Durchsicht der neuen Gewerkschaftenliste, findet man nach sorgfältiger Prüfung sage und schreibe zwei bzw. drei Arbeiter. Man ist tatsächlich im Zweifel, ob man es mit einer vornehmlichen oder mit einer neuzugewonnenen Liste zu tun hat. Anstatt die Arbeitererschaft für derartige Einrichtungen kultureller Art zu interessieren, damit sie Erfahrung und Kenntnisse auch auf diesem Gebiete erlangen, hält man die Arbeitererschaft auch im freien Volksstaat bewußt, vielleicht auch unbewußt, fern. Es wäre endlich an der Zeit, daß an maßgebender Stelle erkannt wird, daß die gewerkschaftlich geschulte Arbeitererschaft als gleichberechtigter Staatsbürger auch ein Recht darauf hat, bei derartigen Ämtern Verwendung zu finden, es läge dies auch unbedingt im Interesse des Staatsganzen.

Madenische Volksunterrichtskurse. Am Mittwoch, den 2. Juli 1915 findet abends 8 Uhr in der Ledn. Hochschule im großen Hörsaal des Chem. Instituts ein Vortrag des Herrn Rechtsanwälters Strauß über „Staatsreform“ statt. Der Eintritt ist frei. Jedermann ist herzlich willkommen.

Die Auflösung des städt. Kartoffelamts. Die städtische Kartoffelversorgung war bisher einem besonderen Amt, dem bei der Verwaltung des Gaswerks eingerichtetes städt. Kartoffelamt übertragen. Nunmehr ist es möglich geworden, das Kartoffelamt abzubauen und die Geschäfte der Kartoffelversorgung ab 1. Juli dem städt. Nahrungsmittelamt, Novadanklage 19, zu übertragen. An dieses hat man sich wegen Kartoffelangelegenheiten zu wenden.

Zigaretten und Heeresgut-Beschlagnahme. In einer Durchsicht einer Rechnung wurden bei einem Kauf in der Stadt etwas über 4000 Zigaretten, die für den Soldaten bestimmt waren, und bei dessen Aufrechter, einem Bankbeamten, Heeresgut (Reisstiefel und Gewehrpatronen) vorgefunden und beschlagnahmt.

Die Aufnahme für junge Mädchen. Wir machen Eltern und Vormünder auf das Ausschreiben des Stadtrats über den Nachkurs der Mädchenfürsorge mit Einführung in die Hauswirtschaft (s. Frauenverein), siehe die Anzeige im heutigen Blatt, besonders aufmerksam. Beim Nachunterricht wird vor allem, wie es die heutige Zeit erfordert, auf praktische Zubereitung schmackhafter und kräftiger Speisen abgesehen. Die Einführung in die Hauswirtschaft ist mit praktischer Übung in Zimmerarbeit und Wäschebehandlung (Glücken, Bügeln) verbunden, so daß der Kurs nicht nur für Uebernahme einer Stelle als Köchin oder Zimmermädchen vorbereitet, sondern auch für richtige Führung des eigenen Haushalts befähigt. Das Zeugnis über erfolgreichen Besuch des Kurses verleiht leicht eine gutbezahlte Stellung. Den Mädchen, die sich ihren Lebensunterhalt erwerben müssen, ist deshalb der Besuch des Kurses sehr zu empfehlen, zumal es in unserer Zeit an Arbeitskräften fürs Haus fehlt.

Gründung einer Ortsgruppe der deutsch-liberalen Volkspartei. Am einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, wurde am Samstag hier nach einem Referat des Vorsitzenden des Komitees der deutsch-liberalen Volkspartei Dr. Curtius-Heidelberg die Gründung einer Ortsgruppe Karlsruhe der deutsch-liberalen Volkspartei vollzogen.

Verkauf des „Kaffee Novad“. Das „Kaffee Novad“ (ehemaliges katholisches Vereinshaus) ist für 270 000 Mark vom Verbands der badiischen Beamten- und Lehrervereine käuflich erworben worden.

Wohltätigkeitskonzert in Nappurr. Der Arbeitergesangverein Sängerbund Nappurr veranstaltete am 29. Juni in der evangelischen Kirche ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der hiesigen Kriegsbeschädigten. Vom Nappurrer Konfessionstadium wirkten mit Fr. Himmel (Sopran), Herr Huber (Violine), Herr Musiklehrer Merz (Orgel). Die Darbietungen dieser künstlerischen Kräfte fanden auf einer beachtenswerten Höhe und machten der Musikschule alle Ehre. Die Männerchöre des Sängervereins zeigten ebenfalls von guter Schulung durch den Chorleiter Herrn Fajfel. U. a. wurde das schwierige Chorwerk „Der Fremdenlegionär“ mit einer Schönheit wiedergegeben, die die zahlreichen Zuhörer in atemberaubender Spannung versetzte. Die Aussprache sowohl wie die Tongebung war bei allen Liedern vorzüglich. Abgesehen von dem guten Zweck, das das Konzert diente, ist die hiesige Einwohnererschaft dem Verein recht dankbar, wenn er hin und wieder einmal durch ein gutes Konzert eine angenehme Abwechslung in unsere trübseligen Zeitaläufe bringt!

Ärztlicher Autopsiefall. Bei den wasserpolistischen Veranstaltungen anlässlich der Tagung des badiischen Landesauschusses für Lebensübungen ereignete sich leider ein tödlicher Unglücksfall. Ein 17-jähriger Knabe stürzte ins Wasser und ertrank.

Aufsicht für spielende Kinder, Auf Anregung der Abteilung II des Badischen Frauenvereins werden auch in diesem Jahre wieder vom 1. Juli an während der Sommermonate auf 2 Spielplätzen der Stadt, und zwar auf dem Sonntagplatz und im Sallenwäldchen in den Nachmittagsstunden bei gutem Wetter täglich (außer Sonntags) von 5-7 Uhr Kindergärtnerinnen anwesend sein, um die Kinder — vorzugsweise solche im Alter von 3-8 Jahren — durch geeignete Spiele angemessen zu beschäftigen.

Letzte Nachrichten. Deutschland und Dänemark.

Reichstagsabgeordneter Hansen dänischer Minister.

Kopenhagen, 30. Juni. Ueber die Ernennung des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Hansen zum dänischen Minister für Schleswig hat der Ministerpräsident Thale in einer Rede mitgeteilt, daß bis zur Vorbereitung der Vereinigung des dänischen Teils von Schleswig mit Dänemark ein Mittelpunkt für die Arbeiten geschaffen werden mußte. Der neue Minister werde sich diesen Arbeiten ganz widmen an den Ministerberatungen und Reichstagsverhandlungen entscheidenden Anteil nehmen und sich im Namen der Nordschleswiger gegenüber dem dänischen Volke auf der Rednerbühne des Reichstages ausprechen. Er wird die Wiedervereinigung Nord-Schleswigs mit Dänemark bis zum Ende durcharbeiten, gleichviel welche Regierung am Ruder ist.

Der neue Minister für Schleswig, Hansen, schreibt in seinem Organ „Heimdaal“ in Hensrade über seine Aufgaben u. a.: Sollten sich die letzten Nachrichten aus Paris bestätigen, dann kann die Ratifizierung des Friedensvertrages Ende Juli erwartet werden. Spätestens 31 Tage nach der Ratifizierung wird die Abstimmung in der ersten Zone von Schleswig vorgenommen werden. Wenn alles gut geht, ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Frist noch etwas abgekürzt wird. Sobald das Abstimmungsergebnis veröffentlicht ist, hat Dänemark bekanntlich das Recht, Schleswig mit seinen Militär- und Polizeibehörden zu besetzen. Unter den Aufgaben, die in Schleswig zu lösen sind, steht in erster Linie die Regelung der Wahlfrage, die dem Dänischen Staat Millionen

losten wird und von der die Existenz vieler Deutschschleswiger abhängig ist. Viele bestehende Gesetze müssen sofort außer Kraft gesetzt werden und vorläufige, die aus der alten Zeit in die neue hinüberleiten sollen, ausgearbeitet werden, damit sie sofort in Kraft treten können und auch Personenfragen werden zur Entscheidung drängen. So hatten Tausende von Aufgaben ihrer Lösung.

Eine Botenschaft Wilsons.

Washington, 28. Juni. Neyer. In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages gerichteten Botenschaft dringt Präsident Wilson auf die Annahme des Friedens und des Völkerbundes ohne Abänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Werk einer Neuordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Genugtuung und allgemeine Beruhigung biete.

Eine Ovation für Lloyd George im englischen Unterhause.

London, 1. Juli. Neuter. Unterhausung vom 30. Juni. Lloyd George, der das Unterhaus um 3.45 Uhr betrat, wurde eine große Ovation dargebracht. Die Mehrzahl der Mitglieder erhob sich von den Sitzen, jubelte und wachte ihm zu. Die Mitglieder der Linken Opposition blieben eine Zeitlang sitzen. Die Mehrzahl erhob sich jedoch nach wiederholter Aufforderung von Seiten des übrigen Teiles des Hauses. Nur die Mitglieder der Arbeiterpartei blieben sitzen. Sofort sangen die Mitglieder des Hauses die Nationalhymne. Nach Beendigung der Nationalhymne wurden drei Hochs ausgerufen. Zwei Mitglieder der Arbeiterpartei waren während des Sängens der Nationalhymne sitzen geblieben. Der Nationaldemokrat Seddon lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Arbeiterpartei, die der Krone den Treueid geschworen hätten, bei einer feierlichen Gelegenheit sitzen geblieben seien. Seddon fügte hinzu, er hoffe, daß dieses präzedenzfall werde. (Vorher Beifall.)

Lloyd George erklärte, der Vertrag sei der umfangreichste und weitgehendste Friedensvertrag, der jemals abgeschlossen worden sei, was die Zahl und die Macht der davon betroffenen Nationen, die enblose Verschwiegenheit der in Betracht kommenden Interessen, die Größe der in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete und die darin verfahrenen viel verprechenden neuen Verträge betreffe.

die den Charakter der Dinge in der Welt ändern und dem Schicksal der Welt eine neue Richtung geben würden. Der Premierminister fügte hinzu, er werde am Donnerstag einen Gesetzentwurf einbringen, um die Regierung in den Stand zu setzen, die Bestimmungen des Vertrages zu verwirklichen, und werde eine Erklärung über den Vertrag und die Methoden für seine Durchführung dabei geben.

Die Lage in Rußland.

Helsingfors, 29. Juni. Die Bolschewisten entwickeln eine gesteigerte Tätigkeit. Südlich des finnischen Meerbusens fiel Krasnaja Gorka erneut in ihre Hand. Der finnische Generalkommando gelangte in den Besitz eines Anarichsplanes, der eine Eroberung des südlichen Finnlands mit den Städten Wiborg und Helsingfors durch eine Streitmacht von 25000 Mann vorsieht, und mit Ungewissigkeit der regulären finnischen Truppen rechnet.

Amsterdam, 30. Juni. „Daily Chronicle“ meldet, daß die Armee des Generals Denikin auf einer Front von 900 Meilen zwischen dem Schwarzen Meer und der Krim an allen Stellen Fortschritte macht. Die Bolschewisten haben Bielgorod, etwa 50 Meilen nördlich von Charkow geräumt. Der Fall von Charkow steht unmittelbar bevor. Wie verlautet ist auch der Ostteil von Kurland von den Truppen Denikins erobert worden. Der linke Flügel Denikins hat Rauhbarod erreicht und der Vormarsch dieses Flügels bedroht die bolschewistische Verbindung mit der Krim. Die Bolschewisten haben Feodorow in aller Eile geräumt.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Krauenchor.) Mittwoch, 2. Juli, abends 7/9 Uhr, Singstunde im „Reich Ludwig“, Ecke Müppurzer- und Werdstrasse. Zahlreiches Erscheinen ist Pflichtsache. Um Weiterverbreitung wird gebeten. 4635 Der Vorstand

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Wilhelm Berger von Wagschurt, Pförtner hier, mit Marie Bredt v. Rheinsheim. Aug. Metzger v. Reustadt, Heizer hier, mit Aloia Reufert von Ralsch. Emil Bängele von Grafenhausen, Bahnarbeiter hier, mit Elsa Stadtmüller von hier. Georg Wirmann von Reubung, Malermeister hier, mit Friederike Gieskunst Witwe von Hochdorf. Karl Müller von Rastatt, Schlosser hier, mit Kath. Böhm von Derendingen. Erich Schenl von Gummersbach, Kaufm. alda, mit Emma Red von Teutigenaureut. Josef Schwarz von Langenbrücken, Maurer in Mingsheim, mit Frieda Schlichter von Jenthern. Karl Steinbach von hier, Kraftwagenf. in Weiel, mit Klara Behrendt von hier. Emil Wittich von Münster, Bürodienstler hier, mit Rosina Drehm von Birkenau.

Eheverträge. Hermann Kern von Hamburg, Kaufmann hier, mit Wilhelmine Schullheis von Montan. Anton, Bernard von Mainz, Möbelseichner hier, mit Verta Volk von hier. Albert Köhnenbühler von Rinschweiler, Schlosser hier, mit Wabette Huber von hier.

Esterbefälle. Friedrich alt 6 Jahre, Vater Friedr. Dickscheld, Schiffer. Emma Weder, ohne Beruf, ledig, alt 68 Jahre. Josef Götz, Schuhmachermeister, Ehem., alt 64 Jahre. Josef Hansmann, Tagelöhner, ledig, alt 79 Jahre. Aloia Müller, ohne Beruf, ledig, alt 44 Jahre. Paula, alt 11 Jahre, Vater Lorenz Warth, Säger. Just. Kauterer, ohne Beruf, ledig alt 51 Jahre.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Durlach.

Esterbefälle. Wilhelm Fr. Alenert, Feiler, Ehemann, 40 Jahre alt. Luise geb. Aloy, Witwe des Feldgüters Friedrich Jos. Jäggle, 74 Jahre alt. Joh. Kleiber, Ehemann, Schlosser, Unteroffizier, 30 Jahre alt. Hermann Emil, 3 Tage alt. Vater Ignaz Martin, derzeit Wachtmeister in Emden. Karl Konhard Kunzmann, Schreiner, Ehemann 60 J. alt. Karl Friedr. Semmler, Korarbeiter, Ehem., 64 J. alt. Luise M. Margareta geb. Schürer, Ehefrau des Wirts und Schlossers Gustav Joh. Hummel, 51 Jahre alt. Joh. 12 Jahre alt. Vater Joh. Wögle, Fabrikarb. Luigi Giuseppe Bramani, Med., Ehemann, 47 Jahre alt. Heinrich Kreber, Kontroll., Ehemann, 45 Jahre alt. Friederike Rosine geb. Jung, Witwe des Werkmeisters Christoph Wäule, 63 Jahre alt. Johann Georg Durr, Raschenerformer, Ehemann, 51 Jahre alt. Ernestine Sofie geb. Kleber, Witwe des Kadettens Heinrich Theurer, 32 Jahre alt. Aug. 3/4 Std. alt. Vater August Heinrich Paul Dietz, Schlosser.

Rheinische Creditbank Mannheim.

Unter Uebernahme der Mühlburger Creditbank haben wir in deren bisherigen Geschäftsräumen **Rheinstr. 44** (Haltestelle der Straßenb.) eine Niederlassung mit der Firma

Rheinische Creditbank, Niederlassung Karlsruhe-Mühlburg

errichtet. — Zur Besorgung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte halten wir die Niederlassung bestens empfohlen.

Rheinische Creditbank.

Aktionsauschuß Karlsruhe

Dienstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr

findet im Saal III der Brauerei Schrempf, Waldstr. 16-18, eine

Oeffentl. Versammlung

statt. — Tages-Ordnung:

„Warum ist das Proletariat nicht einig?“

Redner: Metallarbeiter Quenzler.

Freie Aussprache.

Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen.

Alle Führer der drei Arbeiterparteien sind freundlich eingeladen.

Der Aktions-Ausschuß.

COLOSSEUM.

Verlängertes Gastspiel von

Jean Blatzheim

dem Meister des Kölner Humors.

Täglich abends pünktlich 8 Uhr:

Ein Prachtmädel.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten

von Oskar Walter und L. W. Stein. Musik von Rudolf Nelson.

Vorverkauf vormittags von 10-12 Uhr an der Colosseumkasse.

Raffier-Rlingen

(Gefälle), werden haarrichtig geschliffen, Stk. 15 Pfg. Raffierstr. 34, Baden.

Schuhmacher

von erstem Schuhgeschäft für Reparaturen gesucht.

Offerten unter Nr. 4578 an das Volksfreund-Büro erbeten.

Bettroß, Matrage

sofort zu 20-25 Mk. anzuarbeiten. Dasselbst sind 2 neue zweiteilige Matragen mit Koller (Friedensware) auf 800 Mk. zu verkaufen bei Ealm, Scherestr. 14, Tagelöhnerstr. Post-fakte genh. 4619

Herrenstiefel

2 Paar Halbschuhe Nr. 30 u. 41, billig zu verkaufen. Schützenstr. 13, S. v. Schöne braune 4634

von Nr. 40 ab, zu verkaufen. Dünner, Mademiestr. 35.

„Selbsthilfe“

Bereinigung der auswärts Angestellten in den militär., staatl. und städt. Dienststellen der Republik Baden, Sitz Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Blumenstraße 21. 4632

Mittwoch, den 2. Juli 1919, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Lokale „zum Elefanten“, Kaiserstraße 42.

Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.

Konsumverein Rastatt

e. G. m. b. H.

Der Verkauf beginnt heute nur an Mitglieder. Grüne Ausweis Karte oder Antellquittung vorzeigen. Die Mitgliedsbücher können im Laden in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Wir suchen dauernd

Köchinnen

Mädchen für alles

Mädchen zum Anlernen

Zimmermädchen

Stundenfrauen

Wäsch- u. Putzfrauen

für einzelne Tage

für sofort und später.

Städt. Arbeitsamt

Weibliche Abteilung. Jähringerstr. 100.

Kleiner Herd gebraucht, bill. zu verkaufen Winterstr. 42, Hg. 8. St. Keller.	Junge Hasen 8 Wochen alt, zu verkaufen. Winterstr. 38 V.
Blankenloch Hauptstr. 7 ist eine Milchziege zu verkaufen.	Nähmaschine , gebraucht, zu kaufen gesucht. Offert. unter 100 an das Volksfreund-Büro.
Druckladen liefert die Buchdruckerei Volksfreund	

An die Angestellten- und Arbeiter-Ausschüsse sämtlicher Bureaus und Betriebe der Stadt Karlsruhe und Vororte!

Am Donnerstag, den 3. Juli, abends 7/8 Uhr, findet im Saal III (Schrempf), Waldstraße 16/18

Grosse Versammlung

sämtlicher Angestellten- und Arbeiter-Ausschüsse, sowie der Vertrauensleute statt.

Tages-Ordnung:

1. Betriebs- und Wirtschaftsräte.
2. Das Heimstätten-gesetz.

Die unterzeichneten Organisationen ersuchen die Ausschussvertreter und Vertrauensleute der einzelnen Bureaus und Betriebe in Anbetracht der Wichtigkeit der zu behandelnden Punkte um vollständiges und pünktliches Erscheinen.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.
Ortskartell der freien Angestellten-Verbände.

4511

Stadtgarten-Wirtschaft

Guten Mittagstisch von 12—2 Uhr
(auch im Abonnement)
im neu erbauten Gartensaal.
Angen. Aufenthalt auch bei schlechter
Witterung.
Max Schmitges.

Kochkurse für junge Mädchen.

Der Bad. Frauenverein (Unterabteilung Mädchen-
fürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im
Geschäftsgehilfenheim, Herrenstraße 37, eine Koch-
schule mit Einführung in Hauswirtschaft eingerichtet,
in welcher hier wohnende Mädchen im Alter von 17
Jahren, mindestens aber 16 Jahren, mit geringem
Kostenaufwand eine gute Ausbildung im Kochen und in
der Hauswirtschaft (Zimmerarbeit, Wäschebehandlung)
erhalten, die sie zur Übernahme einer Dienststelle
als Köchin oder Zimmermädchen befähigt. Jährlich
werden 4 Kurse von 3 Monaten Dauer und zwar für
je 16 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen
haben nur als Entgelt für ihre Mittagessen den Betrag
von 90 Mark für den Kurs in drei Teilbeträgen von
je 30 Mark zu entrichten. Für unbedeutende Mädchen
können hierzu auf Ansuchen von der Stadtvorwaltung
Beiträge aus Wohltätigkeitsmitteln zur Verfügung ge-
stellt werden.

Der Kurs beginnt am 1. Juli d. J. Da mehrere
Bewerberinnen verhindert wurden, an dem Kurs teil-
zunehmen, sind noch Plätze frei. Anmeldungen, wo-
möglich in den nächsten Tagen, werden in der Kochschule
im Geschäftsgehilfenheim, Herrenstraße 37, ent-
gegengenommen.

Karlsruhe, den 30. Juni 1919. 4630
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betr.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind
Vern. Arbeits- und Lehrberren verpflichtet, die fort-
bildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmäd-
chen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte
anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben er-
forderliche Zeit zu gewähren.

Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben
Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach
Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zurücklegungen werden mit Geldbuße bis zu
50 M bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge
usw., die von auswärts hierher kommen, sind sofort
anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in
ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur
verpflichtet oder probeweise aufgenommen sind.

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge
usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von
den Eltern, Arbeits- oder Lehrberren beim Klassenlehrer
unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.

Karlsruhe, den 1. Juli 1919. 294
Das Volksschulreferat.

Obst-Verteilung

für sämtliche Haushalte, die auf die Haushaltungsmarke
A und B Nr. 55 Karlsruhen noch nicht erhalten haben,
am Dienstag, den 1. Juli in folgenden Obstverkaufsstellen:

- Nr. 12. Sacherer Emil, Durlacherallee 32,
- 25. Kubinger Johann, Kronenstr. 31,
- 47. Grieshaber Anna, Werderstraße 31,
- 77. Wieland Markus, Hirschstraße 10,
- 98. Pfannkuch u. Co., Kochstraße 14,
- 126. Holz Frida, Altsandstraße 20,
- 129. Bauer Sch., Poststraße 20,
- 138. Rappert H., Glümerstraße 20,
- 148. Otto August, Durmersheimerstraße 13,
Grünwinkel,
- 153. Berfische Hermann, Rastenerstraße 26,
Daxlanden,
- 156. Karlisch Johann, Langestr. 33, Müppurr,
- 157. Reule Sch., Hauptstraße 21, Kinheim,
- 168. Pfannkuch u. Co., Durlacherstraße 8,
Weierheim.

Auf Haushaltungsmarke A werden 2 Pfund,
auf Haushaltungsmarke B werden 4 Pfund
zum Höchstpreis von 75 Pfg. das Pfund abgegeben.
Karlsruhe, den 30. Juni 1919. 4622
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kundenliste für Obstverteilung.

Die Anmeldungen zum Obstbezug bei einem der am
26. Juni bekannt gegebenen Obstverkaufsstellen hat
bis spätestens Mittwoch, den 2. Juli zu erfolgen.
Die Obstverkaufsstellen haben die eingegangenen
Kaufabschnitte am Donnerstag, den 3. Juli zu 100
gebündelt bei der Kartensstelle, Markenscheidung,
abzuliefern.

Karlsruhe, den 30. Juni 1919. 4623
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Während des Sommers wird auch in diesem
Jahr wieder auf dem Sonntagplatz und im
Sallenwäldchen bei gutem Wetter täglich von
5—7 Uhr eine Leitung der Kinderspiele durch
Kinderpädagoginnen stattfinden. 4638

Beginn: 1. Juli.
Karlsruhe, den 30. Juni 1919.

Badischer Frauenverein Abteilung II.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle meine vom 1. Juli ab
wieder neu eröffnete

**Herrn- und Damenkleider-Reparatur-
Bügel- und Reinigungs-Werkstätte**

von
Eugen Meßner

Zähringerstraße 59 Telephon 3036.

Auch werden sämtliche Herren- u. Damenkleider,
sowie Uniformen auf jede Art umgeändert.

Kostenloses Abholen und
Zustellen der Kleider.

Reelle und pünktliche
Bedienung, billige Preise

Geschäfts-Empfehlung ♦ Daxlanden.

Der Unterzeichnete zeigt einer werten
Einwohnerschaft höflichst an, dass er mit
dem Heutigen die von Frau Theresia Klingler
geführte

Gastwirtschaft z. Karlsruher Hof

mit
Metzgerei und Wurstlerei

übernommen hat. :- :- Gleichzeitig nehmen die Unterzeich-
neten Veranlassung, ihren Restaurationsbetrieb in Erinnerung zu
bringen und empfehlen titl. Vereinen und Gesellschaften

Saal u. Nebenräume

zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten.

Gut gepflegte Biere, hell und dunkel, aus der

Brauerei Moninger, im Anstich und in Flaschen

Reine Weine, Kalte u. warme Speisen.

In dem Bestreben, unsere werten Gäste zur
vollen Zufriedenheit zu bedienen, sehen
geneigtem Zuspruch gerne entgegen.

Hochachtungsvoll 4615

Moritz Hiegler und Frau.

Elektrisches Licht. Moninger Bier.

„Zum Elefanten“

Empfehle meinen

Saal für Vereine und Versammlungen.

Derselbe ist vom Lokal jetzt durch Abschluss getrennt.
4505 Ernst Müller.

ALA Chemfabrik AG
Frankfurt/M.

bester Schuh-Putz

Beste Dauer-Hochglanz-Creme

Zentralbüro: Bockenheimer-Ldstr. 18
Tel. Iannus 1761/62, Hansa 7978

A. Muffinger
Gertrudestr. 3.
Telephon 1700.

Vertreter gesucht.

Eine alte solide Lebens-
versicherung sucht für Karlsru-
he und Umgebung noch
einige tüchtige Vertreter.
Auch solche die noch nicht
in der Branche tätig waren,
werden angenommen. Offert.
mit Nr. 4541 an das „Volk-
freundsbüro“ erbeten.

Stärke- Wäsche

besorgt in normaler
Lieferzeit

Dampfwalchanstalt

Schorpp

Annahme-Stellen
in allen Stadtteilen.

3907

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 1. Juli 1919. 4623

Frühlingsluft.

Operette in drei Akten von Karl Lindau
und Julius Wilhelm.

Musik nach Motiven von Josef Strauss. Zusammen-
gestellt von Ernst Reiterer.

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Geschäfts-Empfehlung und Verlegung.

Meiner werten Kundschaft und Gönnern zur
Kenntnis, dass ich ab 1. Juli 1919 mein Ge-
schäft von Brauerei Nagel eingestellt u. dafür das
Gasthaus „Z. goldenen Löwen“

(Festhalle)

in Weingarten

käuflich übernommen habe. Möge mir auch da
von meiner Kundschaft das Vertrauen in so
reichem Masse zuteil werden. Es wird mein Be-
streben sein, alles was in meinen Kräften steht,
aufzubieten. Besonders empfehle ich den Verei-
nen und Gesellschaften die Festhalle zum Ab-
halten von Vergnügen und Ausflügen. 4616

Mit Hochachtung

Hermann Manz,

Metzgermeister.

Städt. Vierordtbad

Heißluft- u. Dampfbäder

(irische, römische u.
russische Dampfbäder)

Elektr. Lichtbäder

Damenbadezeit: Mont-
tag u. Mittwoch vorm.
9—1 Uhr und Freitag
nachm. 2 1/2—7 1/2 Uhr.

Herrenbadezeit: Alle
übrige Zeit, Samstags
bleibt die Anstalt auch
über Mittag bis abends
8 1/2 Uhr geöffnet. An
Sonn- und Feiertagen
geschlossen. 4595

Gleichenleiden

dauernde Beseitigung
durch deutsch. Reichsp.
Prof. Dr. Sanis Verjand
München 26 C. 4600

Männer u. Frauen!

Prospekt und Broschüre
über bahnbrechende
hygienische Reinheit
verwendet verschlossen u.
kostenlos Kopien-Per-
sand Stuttgart 7. 4590

Sett- nässen

bei Kindern u. Erwachsenen
empfehle mein ausprobiertes
„Siccus“. Paket 5.50 M., drei
Pakete (meist ausreichend)
15 M. Silberbrand, Ver-
sandhaus 203, Berlin Nr. 4,
Invalidenstraße 8. 3822

Häuser

mit und ohne Geschäfte
sowie Liegenschaften aller
Art zu verkaufen durch das

Liegenschaftsbüro

M. Busam,

Karlsruhe, Verrenstr. 88.

Telephon 5530.

Mandolinen, Gitarren, Zithern

werden fortwährend ange-
kauft in 4909

Weintraubs An- und
Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52. Tel. 3747.

Tuch-Abfälle,

Lumpen, Klappen, We-
talle, Papier, Tier- und
Menschenhaare lauft

Feuerstein,

Waldbornstraße 37,
Telefon 3451. 4110

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas

lauff 4008

Levy

An- und Ver-
kaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.

Aufgebotsverfahren.

Fraulein Bina Schneider,
Geschäftsinhab. in Straß-
burg hat den Antrag gestellt,
ihr abhanden gekommenes
Sparbuch Lit. Y. Nr. 2539
mit einer Einlage v. 3958 M.
29 Pfg. inzwischen durch
Zinsaufschlag angewachsen
auf 4005 M. 88 Pfg., für
kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genann-
ten Buches wird hiermit auf-
gefordert, solches binnen
eines Monats, von der er-
folgten Erklärung an ge-
rechnet, bei der unterzeich-
neten Stelle vorzulegen und
keine Ansprüche geltend zu
machen, widrigenfalls die
Straflosklärung des Buch-
es erfolgen wird. 4625

Karlsruhe, 30. Juni 1919.

Städt. Sparkassenamt.

Auf 1. Oktober

wird ein Ehepaar oder
kleine Familie zum Reine-
machen der gahnrätlichen
Paris-Räume gegen 4000

freie Wohnung

(2 Mansarden und Küche)
und Vergütung gesucht.
Vorfelung zwischen 6 und
7 Uhr. Kaiserstr. 189.

Billig

zu verkaufen!

Mehrere kompl. Betten,
eigene Vitrinenschrank,
mehrere polierte Schränke,
Schiffoniers, Chaiselong,
polierte Kinderbettstellen
mit Matten. Verkauft
120 M. Kommode 70 M.,
ganze Küche, Truhen,
Verfickel mit Nöfje,
Teppich etc.

Krämer,

Laden Kaiserstraße 69,
Eingang Waldhornstraße.

Rochherde

neu hergerichtet unter jeder
Garantie für sachmännliche
Arbeit preiswert z. Verkauf.
Karlsruhe - Müppurr,
4018 Oskar Suter,
Kaiserstr. abt. 21.

Daniels

Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Reichsware:

Jackenkleider, Röcke
Kinderkleider, Blusen.

Ein Posten 4001

Socken

per Paar 3.— Mark.

Arthur Baer

Karlsruhe, Kaiserstr. 133
Eingang Kreuzstraße, 1 Tr.